



# Landtag von Baden-Württemberg

140. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 21. Januar 2021 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 13:35 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin. . . . .	8691	b) Mitteilung der Landesregierung vom 16. Januar 2021 – <b>Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Vierte Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Corona-Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO)</b> – Drucksache 16/9733. . . . .	8691
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Karl Zimmermann. . . . .	8691	Ministerpräsident Winfried Kretschmann. . . . .	8692, 8718
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Claudia Martin. . . . .	8691	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	8698
Abstimmung über den Einspruch gegen die Ordnungsrufe gegen Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos). . . . .	8691	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	8701
1. a) <b>Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 19. Januar 2021</b>		Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. . . . .	8704
und Aussprache		Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	8707
		Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .	8711
		Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	8714
		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	8715
		Minister Manfred Lucha . . . . .	8716
		Beschluss . . . . .	8723
		Nächste Sitzung . . . . .	8723

## Protokoll

über die 140. Sitzung vom 21. Januar 2021

Beginn: 10:03 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 140. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Bogner-Unden, Herr Abg. Hahn, Herr Abg. Halder, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Paal, Frau Abg. Rolland, Herr Abg. Stächele, Herr Abg. Weber sowie Frau Abg. Wehinger.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ab 12:30 Uhr Herr Minister Herrmann.

Meine Damen und Herren, wir haben heute zwei Geburtstagskinder in unseren Reihen. Das ist zum einen unser geschätzter Kollege Herr Zimmermann, der heute feiert.

(Beifall)

Herr Kollege Zimmermann, im Namen des ganzen Hauses wünsche ich Ihnen alles Gute zum Geburtstag und weiterhin Erfolg und Gesundheit. Wer kann schon sagen, dass zu seinem runden Geburtstag extra eine Sondersitzung des Plenums einberufen wurde?

(Heiterkeit)

Alles Gute!

(Beifall)

Auch Frau Kollegin Martin hat heute Geburtstag. Liebe Frau Kollegin Martin, auch Ihnen alles Gute zum Geburtstag,

(Beifall)

vor allem Gesundheit und Erfolg!

Meine Damen und Herren, wir haben noch über den Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gegen die beiden ihm in der 139. Plenarsitzung am 8. Januar 2021 erteilten Ordnungsrufe abzustimmen. Das Schreiben von Herrn Abg. Dr. Fiechtner vom 20. Januar 2021 liegt Ihnen als Tischvorlage vor.

Nach § 93 Absatz 1 Satz 2 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über diesen Einspruch ohne Beratung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Einspruch.

Wer den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für begründet hält und die Aufhebung der beiden Ordnungsrufe fordert, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Mehrheit des Landtags hält den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für nicht begründet und lehnt daher die Aufhebung der Ordnungsrufe ab.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe als **einzigem Punkt** unserer Tagesordnung auf:

**a) Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 19. Januar 2021**

**und Aussprache**

**b) Mitteilung der Landesregierung vom 16. Januar 2021 – Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Vierte Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Corona-Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) – Drucksache 16/9733**

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion verständigt.

Zunächst erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

(Unruhe – Einige Abgeordnete der AfD-Fraktion heben Schilder u. a. mit der Aufschrift „Demokratie ist nicht verhandelbar“ hoch bzw. stellen diese auf die freien Sitzplätze neben sich. – Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin!)

Meine Damen und Herren der AfD-Fraktion, nehmen Sie die Plakate sofort herunter, bitte. Nonverbale Meinungsäußerungen sind im Plenum nicht zulässig. Nehmen Sie das bitte sofort herunter. Vorher wird die Sitzung nicht fortgesetzt. Nehmen Sie bitte die Plakate herunter.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat Herr Sänze aus Berlin mitgebracht! Deswegen war er da! – Weitere Zurufe, u. a.: Eine Leihgabe der Bundestagsfraktion!)

Frau Abg. Dr. Baum, nehmen Sie das Plakat sofort herunter, sonst gibt es einen Ordnungsruf.

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dafür werden Steuergelder ausgegeben!)

Sie nehmen jetzt das Plakat herunter; fertig!

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Herr Abg. Stein, jetzt gibt es einen Ordnungsruf. Jetzt habe ich es zum dritten Mal gesagt. Sie bekommen dafür einen Ordnungsruf.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Christina Baum AfD: Haben Sie damit ein Problem?)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Kretschmann hat das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die aktuelle Lage hat einen sichtbaren und einen unsichtbaren Teil. Die sichtbare Entwicklung ist positiv. Weihnachten und Silvester haben nicht zu einer massiven Steigerung der Infektionszahlen geführt. Unsere durchschnittliche Sieben-Tage-Inzidenz hat sich in den letzten Wochen auf einen Wert von unter 100 mehr als halbiert, und die Zahl der Intensivpatienten in den Krankenhäusern beginnt langsam zu sinken.

Zusammengefasst: Der Lockdown wirkt. Unsere Anstrengungen zahlen sich aus. Das ist ein sehr wichtiges Signal für uns alle.

(Beifall)

Doch zugleich haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die für uns derzeit noch unsichtbar ist: die Virusmutationen, über die ich bereits beim letzten Mal gesprochen habe. Über diese Mutationen lernen wir gerade Tag für Tag Neues hinzu, und dabei verfestigen sich unsere anfänglichen Befürchtungen immer stärker. Die Mutationen sind sehr viel ansteckender als das bisherige Coronavirus; die Angaben schwanken zwischen 30 und 70 %.

(Zuruf)

Sie sind schon bei uns im Land angekommen, und sie werden sich auch bei uns ausbreiten, und zwar mit ziemlicher naturgesetzlicher Sicherheit. Die Frage ist nicht, ob sie sich verbreiten, sondern wann und wie stark. Dabei rechnen Fachleute nicht mit Monaten, sondern mit Wochen.

Ein Wissenschaftler aus Großbritannien hat der Ministerpräsidentenkonferenz am vergangenen Montag noch einmal drastisch vor Augen geführt, wie sehr die Inzidenzen explodiert sind, und zwar innerhalb nur eines Monats in Großbritannien von 186 auf 616 und in Irland von 39 auf 926. Kein Gesundheitssystem der Welt kann einen solchen exponentiellen Anstieg auf Dauer verkraften.

Wer einen Blick darauf werfen will, wie es in wenigen Wochen bei uns aussehen könnte, muss britisches Fernsehen anschauen. Zu sehen sind dort völlig überfüllte Krankenhäuser, in denen Betten auf den Gängen stehen, weinende, überforderte Krankenschwestern, immer mehr Tote unter den Jüngeren und haufenweise verschobene OPs für Menschen,

(Zuruf)

die ebenfalls dringend auf eine medizinische Behandlung angewiesen sind. Dabei sage ich sehr bewusst „aussehen könnte“ und eben nicht „aussehen muss“. Denn noch haben wir die Möglichkeit, diese Entwicklung zu verhindern.

Machen wir uns noch einmal klar: Wenn die Mutanten um rund 40 % ansteckender wären, würde das bedeuten, dass der R-Wert von 0,8 auf 1,1 springt, ohne dass wir unser Verhalten ändern. Dieselben Beschränkungen, die zuvor zu einer exponentiellen Senkung der Infektionszahlen geführt haben, würden dann eine exponentielle Steigerung nicht verhindern können und zu einer völligen Überlastung des Gesundheitssystems führen.

Deshalb müssen wir die Chance nutzen, die wir jetzt noch haben. Wir müssen vorsorgen und „vor die Lage“ kommen. Wir müssen versuchen, eine exponentielle Verbreitung der mutierten Viren im Keim zu ersticken. Das bedeutet, dass wir die Zahlen noch schneller senken müssen als bisher. Nur so können wir die Verbreitung der neuen Virusvarianten eindämmen. Alles andere wäre unverantwortlich.

(Beifall)

Aus diesen Gründen haben sich Bund und Länder schon in dieser Woche darauf verständigt, die bestehenden Maßnahmen zu verlängern und auszuweiten mit den folgenden Beschlüssen, für die ich bei Ihnen werben möchte, meine Damen und Herren.

Die bisherigen Beschränkungen bleiben in Kraft und werden bis zum 14. Februar verlängert. Dabei ist klar: Die Beschränkungen sind für diejenigen Unternehmen und Selbstständigen äußerst schmerzhaft, die schließen müssen und die ihren Beruf nicht ausüben können. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Bund die Förderhöchstbeträge erhöht, die Abschreibungsmöglichkeiten erweitert, die Abschlagszahlungen deutlich anhebt und die Auszahlungen beschleunigt. All dies hat der Bund fest zugesagt.

Die Beschränkungen, die im privaten Bereich gelten, werden fortgeführt, aber nicht verschärft. Der private Bereich wurde bereits sehr stark beschränkt, gerade bei uns hier in Baden-Württemberg, wo im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern Ausgangsbeschränkungen gelten – und zwar scharfe, ab 20 Uhr. Allerdings appellieren wir an die Bürgerinnen und Bürger: Treffen Sie sich bitte nicht mit ständig wechselnden Personen! Beschränken Sie sich auf den immer gleichen Kreis von Leuten. Dadurch können Sie erheblich zur Senkung der Zahl der Infektionen beitragen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie wollen Sie das belegen?)

Mit unserem Modell der festen Betreuungsgemeinschaft zweier Haushalte gehen wir diesen Weg in Baden-Württemberg ja auch bereits.

Was wir gezielt erweitert haben, ist die Maskenpflicht. In Zukunft müssen in Bussen, Bahnen und Geschäften medizinische Masken getragen werden.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Diese Masken schützen sehr viel besser vor Ansteckungen als Alltagsmasken und sind inzwischen auch in ausreichender Menge am Markt verfügbar.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Darüber hinaus haben wir einen besonderen Blick auf die beruflichen Kontakte geworfen.

(Zuruf)

Klar ist, dass die gesamte Wirtschaft – genauso wie die Bürgerinnen und Bürger – einen Beitrag leisten muss, um die Bedrohung durch die Mutationen einzudämmen. Darin waren sich alle 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin einig. Dort, wo Homeoffice nicht möglich ist und die Abstände nicht eingehalten werden können, müssen die Arbeitgeber ihren Angestellten zukünftig medizinische Masken zur Verfügung stellen. Dort, wo Homeoffice möglich ist, müssen die Arbeitgeber ihren Beschäftigten dies gewährleisten.

An alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen appellieren wir, diese Möglichkeiten auch wahrzunehmen. Dies verringert nicht nur die Ansteckung im Unternehmen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

sondern auch auf dem Arbeitsweg. Busse und Bahnen werden leerer, sodass die Abstände größer werden und dort die Ansteckungsgefahr sinkt. Dazu wird auch der Einsatz zusätzlicher Busse und Bahnen beitragen, wo dies möglich ist.

Meine Damen und Herren, wir leben nicht auf einer Insel, sondern im Herzen Europas, wir sind mittendrin. Das ist natürlich pandemisch hochgradig relevant. Wir sind mit unseren Nachbarn hoch vernetzt, und ich will es einmal in Parenthese sagen: Deswegen helfen uns die Vergleiche mit Neuseeland nicht so viel.

Was ein großer wirtschaftlicher Vorteil ist, erschwert leider die Eindämmung dieser Pandemie erheblich, denn dadurch finden täglich große Einträge von außen statt. Um diese Einträge mit Blick auf die aggressiven Virusmutationen zu senken, haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder wir beschränken den Grenzverkehr, oder wir entwickeln eine gemeinsame, synchrone europäische Strategie.

(Abg. Anton Baron AfD: Ogottogott! Das wird nichts!)

Kanzlerin Merkel setzt sich heute im Europäischen Rat im Sinne der gesamten MPK für solch eine gemeinsame europäische Strategie ein,

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

die im besten Interesse aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist, weil sie die Bekämpfung der Pandemie erheblich erleichtern und weitgehende Einreisebeschränkungen verhindern würde.

Darüber hinaus waren sich die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin einig, dass wir dringend durch mehr Sequenzierung einen besseren Überblick über die Verbreitung der neuen Virusvarianten in Deutschland gewinnen müssen. Der Bund hat die Voraussetzung dafür geschaffen und wird bis Anfang Februar erste Auswertungen der Ergebnisse vorlegen. In Baden-Württemberg sind wir bei der Sequenzierung Vorreiter. Wir können seit der vergangenen Woche als eines der ersten Länder die neuen Virusmutationen direkt in unseren Laboren im

Land nachweisen; denn in dieser fragilen Situation ist es entscheidend, Infektionsfälle schnell und präzise zu identifizieren.

Darüber hinaus haben Bund und Länder die große Bedeutung besonderer Schutzmaßnahmen für Alten- und Pflegeheime betont. Um die verpflichtenden Schnelltests für alle Besucher und das Heimpersonal zu ermöglichen, haben Bund und Länder eine gemeinsame Initiative gestartet, damit Bundeswehrsoldaten und Freiwillige bei den Testungen in Heimen unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu dem Punkt, um den wir am längsten gerungen haben: Schulen und Kitas. Was ist da nicht alles berichtet worden! Da wird von Wahlkampf, von Sieg und Niederlage geschrieben. Ich muss schon sagen: Wenn ich in einer so elementaren Frage mitten in der tiefsten Krise seit Bestehen des Landes in solchen Kategorien denken würde, wäre das nicht sehr verantwortlich.

(Beifall)

Das weise ich auch in aller Deutlichkeit zurück.

Worum geht es wirklich? Es geht um die Folgen für das Infektionsgeschehen,

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

und es geht um die Folgen für Kinder und Jugendliche. Ich setze mich mit diesem Thema nicht erst seit vorgestern auseinander, sondern seit Beginn der Pandemie. Im Frühjahr hat Baden-Württemberg als erstes Land eine der weltweit ersten Studien zum Infektionsgeschehen unter Kindern und Jugendlichen in Auftrag gegeben,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, und jetzt?)

schon damals in der Hoffnung, die Schulen und Kitas schnell wieder öffnen zu können, und schon damals auch unter der Maßgabe, dass die Öffnung epidemiologisch verantwortbar sein muss.

Ganz genau so gehen ich und die ganze Landesregierung auch jetzt an diese Aufgabe heran. Ich habe mich intensiv beraten lassen und in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Gespräche geführt: mit Virologen, Epidemiologen, Modellierern, Lehrerinnen und Lehrern, Kinderärzten und Psychologen. Erst am Dienstag, direkt vor der MPK, habe ich noch einmal mit einem Tübinger Virologen gesprochen – ich meine jetzt nicht, mit dem selbst ernannten –,

(Heiterkeit)

der mir noch einmal das bestätigt hat, was wir auch durch die eigene Studie wissen: Kinder unter zehn Jahren sind deutlich seltener infiziert als Erwachsene, sie sind keine Treiber des Pandemiegeschehens, sie haben zumeist kurze Fußwege zur Schule und können sich deshalb vor und nach der Schule seltener anstecken. Kinder werden kaum jemals selbst schwer krank, und wenn wir Kitas und Grundschulen schließen, dann tun wir das vor allem auch wegen der Auswirkungen auf Erwachsene. Das macht die Einschränkung besonders begründungspflichtig.

Das gilt umso mehr, als die Schließung von Kitas und Grundschulen Eltern und gerade die Alleinerziehenden enorm unter



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Stress setzt. Diese müssen Homeschooling und Beruf unter einen Hut bekommen. Das zehrt bei vielen Familien gewaltig an den Nerven.

Zugleich leiden die Kleinsten am allermeisten darunter, wenn sie nicht mit anderen Kindern in Kontakt kommen. Sie brauchen andere Kinder wie der Fisch das Wasser. Sie brauchen sie, um sich zu entwickeln und zu wachsen. Das ist äußerst wichtig. Je länger wir schließen, umso stärker leiden sie, und das treibt mich und alle anderen auch um. Glauben Sie mir, ich hatte ja den Beruf des Lehrers nicht zufällig ergriffen.

Deshalb wäge ich hier auch nicht mit der Viehwaage ab, sondern mit der Goldwaage. Mit diesem Maßstab setze ich den Beschluss von Bund und Ländern um, Schulen und Kitas grundsätzlich geschlossen zu halten oder die Präsenzpflcht weiter auszusetzen. So steht es in dem Beschluss. Aber ich setze ihn nicht auf irgendwelchen Nebenpfaden und nicht als Sonderweg um, sondern wirklich so, wie er dort steht. Deshalb bleiben alle weiterführenden und beruflichen Schulen geschlossen, und Ausnahmen für Abschlussklassen gibt es weiterhin. So verfahren alle 16 Bundesländer. Die weiterführenden Schulen sind überall für den Präsenzunterricht geschlossen.

Also: Die Präsenzpflcht bleibt ausgesetzt, auch wenn wir den Grundschulen eine Öffnungsperspektive geben wollen. Auch für die Kitas schaffen wir eine Öffnungsperspektive, allerdings in Abhängigkeit von der epidemiologischen Lage.

Wie ernst wir dabei die epidemiologische Lage nehmen, haben wir in der vergangenen Woche gezeigt. Da war die Lage noch ein wenig unsicher, und es war noch kein klarer Abwärtstrend erkennbar. Deswegen haben wir uns konsequenterweise gegen eine Öffnung entschieden, übrigens im Gegensatz zu sehr vielen anderen Bundesländern, deren Grundschulen und Kitas jetzt bereits geöffnet sind. Auch das zeigt unsere Vorsicht.

Dasselbe gilt auch dieses Mal: Wir geben den Kitas und Schulen eine Öffnungsperspektive, aber wir öffnen nur dann, wenn die epidemiologische Lage es in der kommenden Woche erlaubt und sich der gegenwärtige Abwärtstrend fortsetzt.

Aber wenn die epidemiologische Lage es erlaubt, dann öffnen wir auch. Dabei muss niemand sein Kind in die Kita oder Grundschule schicken, der das nicht möchte. Grundschulkin- der, die zu Hause bleiben, erhalten auch nach einer möglichen Öffnung ihre Lernmaterialien. Diese Materialien sind identisch mit dem Unterrichtsangebot in der Schule.

Für all diejenigen hingegen, die ihre Kinder in die Grundschule schicken wollen, streben wir eine behutsame und schrittweise Öffnung ab dem 1. Februar an.

Bei alldem gehen wir nicht mit der Brechstange vor, sondern mit Umsicht und Vorsicht. Deshalb habe ich die Kultusministerin gebeten, ein Konzept vorzulegen, das folgende Kriterien erfüllt: Erstens darf nur schrittweise geöffnet werden, wie es die Kultusministerin ja selbst vorgeschlagen hat.

Zweitens darf höchstens die Hälfte einer Klasse zur selben Zeit unterrichtet werden. Denn wenn nur die Hälfte der Kinder im Klassenzimmer ist, heißt das, dass nur die Hälfte potenzieller Überträger sein kann

(Zuruf: Aha!)

und auch nur die Hälfte anstecken kann.

(Zuruf: Eben!)

Im Ergebnis bedeutet das eine Viertelung des Infektionsgeschehens.  $0,5 \text{ mal } 0,5$  ergibt  $0,25$ . Wir erinnern uns noch alle daran, wie erstaunt wir im Matheunterricht darüber waren, dass bei einem Multiplikator unter 1 das Ergebnis der Multiplikation kleiner wird. So ist es hier.

Dass es sich hier um einen Multiplikator handelt, davon habe ich mich am Montag nach dem Vortrag bei Professor Nagel extra noch einmal versichert. Es ist so. Eine Halbierung der Zahl der potenziellen Überträger führt zu einer Viertelung des Infektionsgeschehens. Es ist also ein vierfacher Effekt. Das gilt nicht nur für Schulen; das gilt generell in der Pandemie. Wenn ich die Zahl der Personen halbiere, halbiere ich nicht das Infektionsgeschehen, sondern ich erhalte eine Viertelung des Infektionsgeschehens. Das ist also, wie gesagt, eine hochwirksame Maßnahme.

(Beifall – Zurufe)

Drittens wird das Kultusministerium da, wo nötig, das Hygienekonzept weiterentwickeln. Dazu gehört, dass wir den Lehrkräften der Grundschulen virenfilternde Masken zur Verfügung stellen.

(Zuruf)

Viertens werden die Fastnachtsferien – in Wirklichkeit sind das bewegliche Ferientage, die in der Regel aber zur Fastnachtszeit genommen werden – ab dem 15. Februar als Prüf- fenster genutzt, um nachzuvollziehen, wie sich die Infektions- lage aufgrund der Öffnung entwickelt hat.

Zusammenfassend kann man sagen, dass diese Entscheidung verantwortbar ist.

(Beifall)

Jetzt möchte ich noch ein paar Worte zum Impfen sagen.

(Zurufe, u. a.: Impfversagen!)

Ja, wir haben beim Impfen ein Problem. Das besteht schlicht und einfach darin, dass wir derzeit in Deutschland nicht so viel Impfstoff haben, wie wir gern hätten.

(Zuruf)

Dieses Problem betrifft alle Länder gleichermaßen.

(Zurufe)

Das ist der Kern. Daran können wir, das Land, leider nichts ändern.

Nun zu einem angeblichen Problem: Die Damen und Herren von der Opposition halten uns gerade immer wieder Ranglis- ten vor die Nase, wonach Baden-Württemberg bei der Impfquo- te im Ländervergleich ganz hinten läge.

(Zuruf)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Doch ist, meine Damen und Herren, eine Impfkampagne kein Windhundrennen.

(Zurufe, u. a.: Doch!)

Mit dieser schlichten Inszenierung machen Sie es sich zu einfach.

(Beifall – Zurufe)

Sie setzen auf billige Effekte. Natürlich kann eine Opposition so etwas machen – nicht aber die Regierung.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Absolutes Versagen!)

Diese muss in einer solchen Frage verantwortlich handeln, und genau das tun wir mit unserer Impfstrategie.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje, oje! – Zuruf: Auf diese Strategie sind wir gespannt!)

Schauen wir uns dieses Rennen jetzt einmal genauer an – abgesehen davon bewegt sich dieses Ranking im Promillebereich, wo jedes Ereignis enorme Ausschläge hat;

(Zurufe)

ob so ein Ranking sinnvoll ist, möchte ich ohnehin infrage stellen –: Warum liegen andere Länder bei der Impfquote derzeit – ich betone: derzeit – vor uns? Dafür gibt es einen klaren Grund. In Baden-Württemberg halten wir nämlich von Beginn an die Hälfte der Impfdosen konsequent zurück, während andere Länder einen größeren Teil des Impfstoffs sofort verimpfen.

(Zuruf: Die haben recht!)

Warum tun wir das? Wir tun das, weil es nicht nur die Erstimpfung braucht, um einen vollen Impfschutz zu gewährleisten. Vielmehr braucht es zwingend noch die zweite Impfung. Dass wir uns hier richtig verstehen: Die zweite Impfung ist kein „Nice to have“, sondern sie ist für den vollen Schutz zwingend notwendig.

(Zurufe)

Sie ist nicht nur zwingend notwendig für den vollen Schutz, weil der Einzelne erst damit den vollen Schutz hat, sie ist auch deshalb notwendig,

(Zurufe)

weil uns, der Gesellschaft, große Gefahren drohen, wenn die zweite Impfung nicht konsequent und zeitnah vorgenommen wird.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Die Experten sagen das sehr deutlich. Ich habe mich auch da am Montagabend noch einmal explizit versichert, ob das stimmt.

(Abg. Anton Baron AfD: Von wem?)

Ohne die zweite Impfung erhöht sich die Gefahr, dass sich leichter neue Mutationen des Virus herausbilden, die gegen den Impfstoff resistent sind.

(Zurufe)

Noch einmal: Das ist auf Nachfrage von mir ausdrücklich bestätigt worden.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, lassen Sie ...

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Wenn das passiert – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** ... eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hinderer zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

(Abg. Anton Baron AfD: Der Kollege da oben wartet auch!)

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Die Impfstrategie des Landes, die Hälfte des Impfstoffs zurückzuhalten, halten ich persönlich und auch meine Fraktion für völlig richtig –

(Zuruf: Korrekt!)

keine Frage. Nichtsdestotrotz eine Rechenaufgabe, die aus meiner Sicht noch leichter nachzuvollziehen ist als die bezüglich des Infektionsgeschehens in Schulklassen, wonach sich eine Viertelung des Infektionsgeschehen ergibt, wenn nur noch die Hälfte der Klasse anwesend ist. Auch das kann ich nachvollziehen.

Nach einer gestrigen Veröffentlichung in der ZEIT wurden vorgestern 354 525 Impfdosen nach Baden-Württemberg geliefert. Wenn Sie die Hälfte zurückhalten, dann halten Sie 177 262,5 Dosen zurück. Zum gleichen Zeitpunkt wurden aber 122 057 Dosen verimpft. Somit besteht eine Lücke – ganz einfache Rechnung – von 55 205,5 Dosen.

(Zurufe)

Sie sagen, das sei ein Promillebereich. Richtig, in der Gesamtrechnung ist das ein Promillebereich. Was die tatsächlichen Zahlen betrifft, entspricht das der Größenordnung der Hälfte der Bevölkerung meiner Heimatstadt. Oder ich würde einmal sagen: Mit diesen Dosen könnten ungefähr alle Beschäftigten auf Intensivstationen in unserem Land geimpft werden.

Vielleicht können Sie das einmal aufklären.

(Beifall)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Seien Sie einfach versichert: Die Impfdosen, die wir haben, werden verimpft,

(Zurufe, u. a.: Nein! – Unruhe)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

und zwar nach dem Prinzip, das ich Ihnen dargelegt habe – so gut und so schnell wie möglich. Sie können sicher sein, dass sich das in kurzer Zeit schlichtweg egalisieren wird.

(Anhaltende Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, es ist einfach zu laut. Wenn man eine Frage gestellt hat, muss man anschließend auch zuhören.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Ich kann jetzt doch nicht eine Rechnung mit irgendeiner Tageslieferung anstellen. Das geht doch wenigstens über den Zeitraum von Tagen,

(Zurufe)

in denen die Dosen verimpft werden müssen. Jedenfalls: Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern,

(Unruhe)

die sich impfen lassen, die Garantie, dass sie zeitnah auch eine Zweitimpfung bekommen. Und ich finde, diese Sicherheit sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

(Anhaltende Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, warten Sie bitte einmal. – Meine Damen und Herren, es ist einfach deutlich zu laut. Herr Abg. Lede Abal, Sie sollten echt Interesse daran haben, hier zuzuhören.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie sind einfach zu laut. Sorry.

(Zurufe)

– Nein. Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat gleich wieder das Wort. – Herr Ministerpräsident, auch Herr Abg. Gruber würde gern eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu oder nicht?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Jetzt führe ich das mit dem Impfen einmal zu Ende.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ja. Okay, gut.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Jetzt kam in der letzten Woche aus dem Nichts die Meldung von BioNTech und Pfizer: „Wir können in den kommenden Wochen nicht so viele Impfdosen wie geplant liefern.“ Das war ein harter Schlag für uns alle. Aber gleichzeitig zeigt dieser bedauernde Lieferausfall, dass der baden-württembergische Weg richtig ist.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Wir haben vorgesorgt, und wir können weiter, wie geplant, die Zweitimpfung vornehmen – im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die das nämlich nicht können. Die haben jetzt ein gewaltiges Problem: Sie können nun wegen des Impfstoffmangels den Menschen keine gesicherten Termine für die Zweitimpfung geben. Vielmehr müssen nun Tausende Impftermine verschoben oder abgesagt werden, oder das Impfen muss sogar komplett eingestellt werden. Manche Länder müs-

sen den Start der dezentralen Impfzentren im Land in den Februar verschieben oder stellen die Impfungen in den Pflegeheimen oder den Krankenhäusern ein. Bei uns läuft es mit den dezentralen Impfstationen an.

(Beifall)

Wir können wie geplant weiter impfen. Wir halten die Termine für die Erst- und Zweitimpfung ein, und wir gehen morgen wie geplant in 49 Kreisimpfzentren mit mobilen Impfteams in den Kreisen an den Start. Bei den Hochbetagten in den Pflegeheimen können wir die Impfung weiter beschleunigen. Das zeigt also, dass wir ganz richtig liegen.

Wenn man schon Ranglisten aufmacht, sollten Sie sich die Zahl der Menschen mit den Zweitimpfungen, also der Menschen mit vollem Impfschutz anschauen. Baden-Württemberg liegt dabei nach absoluten Zahlen klar auf Platz 1, weit vor NRW und Bayern. Schauen Sie sich den Anteil geimpfter Menschen im Alter von über 80 Jahren an. Das ist die Bevölkerungsgruppe, die das höchste Risiko hat, an Covid zu sterben oder schwer zu erkranken. Auch da liegen wir vorn. Damit erhöhen wir die Sicherheit in den Pflegeheimen und nehmen den Druck von den Intensivstationen weg.

Niemand behauptet aber, dass in Baden-Württemberg alles reibungslos läuft.

(Zuruf: Aha!)

Das behauptet niemand. Auch bei uns gab es Fehlbuchungen, falsche Dateneingaben in den zentralen Impfzentren.

(Unruhe)

Auch bei uns gab es Impfungen, die zunächst überhaupt nicht gebucht wurden. Auch bei uns gab es Probleme bei der Impfhotline.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das Schlimme ist die Arroganz!)

Solche Probleme stellen wir aber so gut es geht und so schnell wie möglich ab.

Alles in allem können wir zum Impfen im Land sagen: Die Richtung stimmt. Wir setzen auf Sicherheit und Verantwortung, und wir kommen wie geplant voran.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Einen Moment! – Jetzt hoffen wir, dass ab Februar endlich mehr Impfstoff beispielsweise der Firma AstraZeneca geliefert wird, damit wir voll loslegen können,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

sodass wir uns in schnellen Schritten dem Ende der Pandemie nähern. – Jetzt bitte Ihre Zwischenfrage.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die Impfung wird gesperrt in Kalifornien!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Schweickert, Ihre Zwischenfrage.

(Zuruf: Herr Gruber war vorher dran!)

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben gerade gesagt, es laufe nicht optimal. Das halte ich für einen Euphemismus. Warum kann ich bei der beschriebenen Strategie der Landesregierung mit der zweiten Impfung bei der Anmeldung für die erste Impfung nicht gleich einen Termin für die zweite Impfung ausmachen?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Das müssen Sie jetzt den Sozialminister fragen. Das kann ich Ihnen im Detail nicht beantworten.

(Heiterkeit – Lachen – Zurufe)

Für solche Fragen gibt es im Parlament die zuständigen Gremien, die Ausschüsse, in denen man die Minister durch den Fleischwolf drehen kann. Ich kann mich doch nicht mit jedem Detail der Impfung befassen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, es gibt zwei weitere Wortmeldungen zu Zwischenfragen. Ich frage Sie, ob Sie diese zulassen. Zum einen ist es Herr Abg. Gruber oben auf der Besuchertribüne bei der SPD und zum anderen Frau Abg. Dr. Baum.

(Zurufe)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

**Abg. Gernot Gruber** SPD: Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für das Zulassen der Frage und für die Nachhilfe im Kopfrechnen: Ein Halb mal ein Halb ergibt ein Viertel. – Daran anknüpfend die Frage an Sie: Der Bund verteilt die Impfdosen gleichmäßig auf die Bundesländer, und das Land Baden-Württemberg verteilt sie auf die Landkreise entsprechend der Anzahl der Impfzentren. Der Landkreis Sigmaringen mit ungefähr 135 000 Einwohnern, in dem Sie wohnen, erhält die gleiche Menge von Impfdosen wie der Rems-Murr-Kreis mit 427 000 Einwohnern. Der Rems-Murr-Kreis bekommt damit im Verhältnis zur Einwohnerzahl nicht einmal ein Drittel dessen, was der Landkreis Sigmaringen bekommt.

Deshalb die Frage: Wäre es nicht sinnvoll und richtig, dass das Land genauso wie der Bund, der die Impfdosen gleichmäßig an die Länder verteilt, die Kreise bei der Impfdosenverteilung gleichmäßig und gerecht berücksichtigt?

(Zurufe)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Das wird so gemacht. Sie müssen zwei Schritte machen. Sie müssen den Anteil der Bevölkerung in einem Landkreis nehmen. Was können die Impfzentren verimpfen? Dann müssen Sie prüfen, welche Leistungsfähigkeit die Impfzentren haben und ob sie das auch machen können. Das ist der Punkt.

(Zurufe)

Schauen Sie, es hat doch gar keinen – –

(Unruhe)

Bei den Impfdosen, die man dorthin transportiert – jedenfalls die, die wir haben, die tiefgekühlt werden müssen –, müssen Sie das doch in einem Handling machen, dass es auch vor Ort funktioniert. Und so wird es gemacht.

(Zurufe: Nein! – Anhaltende Unruhe)

Welches Interesse soll denn jetzt der Sozialminister haben, das anders zu machen?

(Zuruf)

Dafür gibt es doch gar keinen Grund.

(Zurufe, u. a.: Doch!)

Dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Sie müssen immer die Gerechtigkeitsfragen,

(Zurufe: Genau!)

bezogen auf den Anteil der Bevölkerung, mit praktikablen, operativen Fragen verbinden, sonst nützt es überhaupt nichts. Das eine muss dem anderen entsprechen, und das wird so gemacht.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, jetzt gibt es noch Wortmeldungen für Zwischenfragen von Frau Abg. Dr. Baum von der AfD-Seite und Herrn Abg. Haußmann von der FDP/DVP-Fraktion. Lassen Sie diese zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

(Vereinzelt Beifall)

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Wie bewerten Sie die Information aus Norwegen, dass es dort unmittelbar nach der Impfung gerade bei älteren Menschen schon zahlreiche Todesfälle gibt?

(Zurufe)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Diese Information ist mir nicht bekannt.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Christina Baum AfD: Diese Information ist Ihnen nicht bekannt?)

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Kapazität in dem Impfzentrum meines Landkreises liegt bei 800 Impfungen am Tag. Es wurde jetzt mit 20 bis 25 Impfungen am Tag gestartet.

Meine Frage zielt aber auf etwas anderes ab. Ich hatte in einer der vergangenen Sitzungen auch den Sozialminister gefragt, ob wir denn genügend Kühlmöglichkeiten haben. Ich frage Sie: Wie erklären Sie es sich, dass wir jetzt glücklicherweise bei einem Unternehmen im Landkreis einen Ultratiefkühlschrank bekommen, weil das Land bisher nicht in der Lage war, einen Kühlschrank zu liefern? Denn wir hätten sonst ab Freitag gar keine Kühlmöglichkeit.



**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten.

(Unruhe)

Ich glaube, diese Frage ist schon einmal angesprochen und meiner Meinung nach auch vom Sozialminister beantwortet worden. Seine Antwort habe ich jetzt nicht mehr im Kopf. Ich wüsste jetzt nicht, was sich seither da geändert hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will jetzt noch einmal sagen: Herr Kollege Hinderer, ich maße mir natürlich nicht an, Ihnen Nachhilfe im Kopfrechnen zu geben, sondern es geht darum – vielleicht bin ich auch dümmer als Sie alle –: Ich wusste nicht, dass das als Multiplikator eingeht. Ich meine, ich bräuchte mich ja nicht mit Wissenschaftlern zu unterhalten, wenn ich alles schon selbst wüsste. Das war, finde ich, eine sehr wichtige, evidente Ansage, dass das ein Multiplikator ist.

Ich habe jedenfalls mit meinem bescheidenen gesunden Menschenverstand nicht sofort erkannt, dass die, die kommen, und die, die da sind, einen Multiplikator ergeben. Das ist aber tatsächlich so. Das ist eine ganz wichtige Botschaft, weil sie sagt, dass auch das im Quadrat entschieden wird. Das ist eine wichtige Frage für die Entscheidung: Halbiere ich die Klassen oder nicht? Das hat also eine unmittelbare praktische Auswirkung. Es ist aber natürlich auch eine Unternehmung, das zu machen. Das bringt ja logistische Probleme ersten Ranges mit sich. Deswegen muss ich doch genau wissen, ob so etwas belastbar ist oder nicht.

(Zuruf: Mit wie vielen Experten haben Sie gesprochen?)

Ich würde jetzt noch mal etwas zu dieser ganzen Impfdebatte sagen. Das ist eine gigantische logistische Leistung, die wir da von Anfang an erbracht haben und erbringen.

(Beifall)

Der Impfstoff ist sehr früh entwickelt worden – das ist eine großartige Leistung unserer Wissenschaft –, und die Entwicklung ist in hohem Tempo umgesetzt worden.

(Zuruf)

Aber es ist halt so: Minister Spahn hat es mal sehr schön gesagt. Er hat 900 000 Pakete mit Masken verschickt. Die zwei, die dann platzen, stehen in der Zeitung.

Wir sollten uns einmal überlegen, ob wir in einer Pandemie jedem konzедieren müssen – Wir befinden uns auf Neuland, auf jedem Gebiet. Wir müssen Leistung erbringen mit Ministerien, die für solche Extremfälle erst einmal gar nicht personell ausgestattet sind. Da kann nicht immer alles glattlaufen. Da muss man, denke ich, irgendwie auf dem Teppich bleiben. Nicht dass die Leute den Eindruck bekommen, da herrsche ein Impfchaos – das ist in keiner Weise so. Das geht gut und ordentlich voran.

(Unruhe)

Dass wir die Skepsis, die ohnehin vorhanden ist, durch solche Debatten noch verstärken, dazu würde ich einfach nicht raten.

(Beifall)

Dass Sie im Einzelnen nachfragen, ist vollkommen in Ordnung. Das ist auch Ihr Recht und Ihre Pflicht als Opposition. Aber man sollte das doch ein bisschen im Rahmen belassen.

Meine Damen und Herren, wir stecken also in der härtesten Phase der Pandemie. Als ob uns das Virus, wie wir es haben, nicht schon genug zu schaffen machen würde, drohen eben noch neue gefährliche Varianten.

(Abg. Anton Baron AfD: Nicht gefährlicher! Ansteckender vielleicht!)

Die Maßnahmen, die wir am Dienstag getroffen haben, sind notwendig, um uns gegen diese neue Gefahr zu wappnen.

Wir können uns gegen diese Gefahr nur wappnen, wenn wir schneller zu niedrigen Infektionszahlen kommen, damit die Gesundheitsämter wieder in der Lage sind, nachzuverfolgen – damit sie dies, wenn das neue Virus kommt, tatsächlich können. Nur dann können wir diese Gefahr bannen.

Was wir jetzt vorsehen, sind dieselben Maßnahmen, die wir auch nachher ergreifen könnten, aber nachher können wir sie nur schärfer machen. Wenn wir sie jetzt ergreifen, dann haben wir einfach die Möglichkeit, dass wir wieder konsequent nachverfolgen können.

Denn – daran darf ich noch einmal erinnern – eine Pandemie dämmt man durch zweierlei ein: durch Kontaktreduktion und durch Kontaktverfolgung mit der anschließenden Isolierung und Quarantäne für die infizierten Personen. Die Kontaktverfolgung klappt nicht mehr richtig wegen der hohen Infektionszahlen. Deswegen müssen wir jetzt schnell herunterkommen. Das ist einfach der Grund für die Verlängerung der Maßnahmen, die wir getroffen haben.

Zur Wahrheit gehört natürlich auch: Die Maßnahmen können nur dann wirken, wenn sich alle daran halten. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie erneut: Übernehmen Sie mit uns allen auch weiter Verantwortung. Erklären Sie den Menschen, warum die Lage so brisant ist. Sagen Sie ihnen, dass sie weiterhin durchhalten müssen, auch wenn uns das immer schwerer fällt.

Denn wir können die Krise nur gemeinsam meistern und nur gemeinsam das Virus besiegen. Ich bin sicher, dass wir es können.

Herzlichen Dank. – Bleiben Sie gesund!

(Anhaltender Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – In der Aussprache erteile ich nach § 83 a Absatz 3 unserer Geschäftsordnung Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für die Regierungsinformation und auch für die persönliche Information am gestrigen Tag. Ich denke, das ist ein angemessener Umgang mit dem Parlament und mit der Opposition.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Meine Fraktion stimmt auch mit Ihnen überein, dass es nach wie vor eine Gefährdungslage gibt, was das Virus anbelangt, dass es nach wie vor eine gesundheitliche Gefährdung großer Gruppen der Bevölkerung gibt und dass es vor diesem Hintergrund notwendig ist, bestimmte staatliche Maßnahmen zu verlängern. Es ist richtig, auf Kontaktbeschränkungen zu setzen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben allerdings ausgeführt, es gebe ein Sinken der Inzidenzen, Sie haben auch ausgeführt, es gebe in den Krankenhäusern – gottlob – ein Nachlassen der schweren Fälle. Vor diesem Hintergrund ist es schon etwas verwunderlich, dass Sie dem Parlament am heutigen Tag Verschärfungen der Maßnahmen verkünden.

Es passt auch nicht zusammen, auf der einen Seite, was die Wirtschaft anlangt, durch Homeoffice-Verordnungen und durch eine Verschärfung der Maskenpflicht im Handel mit Verschärfungen auf die sich verändernde Situation zu reagieren und in einem anderen Bereich, im Bildungsbereich, zu lockern. Das passt nicht zusammen, Herr Ministerpräsident. Das ist eben doch dem Wahlkampf geschuldet, weil Sie in ihrer Regierungskoalition eine Ministerin sitzen haben, die Spitzenkandidatin ist und die sich in der Bildungspolitik profilieren will. An dieser Stelle haben Sie offensichtlich nachgegeben.

(Beifall)

Es wäre, denke ich, sehr viel angemessener, sich an dieser Stelle auch die Frage zu stellen, was in der Wirtschaft möglich ist. Die einzige Begründung, die Sie und andere für die Verschärfungen beim Homeoffice und bei der Maskenpflicht ausführen, ist die Argumentation, es gebe den Verdacht von Virusmutationen. Virusmutationen, Herr Ministerpräsident, wird es immer geben. Wenn Sie argumentieren, es bestehe die Gefahr einer Virusmutation, und deshalb müssten wir freiheitsbeschränkende Maßnahmen ausweiten, dann werden wir in Zukunft immer mit freiheitsbeschränkenden Maßnahmen leben müssen. Das wollen wir nicht.

(Beifall – Zurufe)

Darüber hinaus ist es notwendig, dafür zu sorgen, Herr Ministerpräsident, dass die Hilfen bei den Unternehmen ankommen. Auch da hakt es. Wir haben jetzt mittlerweile Januar, und in vielen Bereichen sind die Novemberhilfen noch immer nicht da. Stattdessen gibt es jetzt für bestimmte Bereiche der Wirtschaft weitere Verschärfungen.

Es ist auch bemerkenswert, wie die Regierungskoalition versucht, uns jetzt zu erklären – Herr Kollege Reinhart –, dass sich doch eigentlich gar nichts ändere. Das habe ich der dpa entnommen: Es ändere sich im Grunde nichts.

(Zuruf)

Wenn Sie da falsch zitiert wurden, können Sie es nachher richtigstellen.

Kultusministerin Eisenmann hat öffentlich erklärt, man müsse Maßnahmen auch einmal wirken lassen; deshalb sei man gegen jegliche Verschärfungen.

(Zuruf: Genau!)

Gut. Das hört sich gut an, hört sich insbesondere für uns gut an. Deshalb werden wir Ihnen auch die Gelegenheit geben, über unseren ersten Entschließungsantrag, der genau diese Haltung der Ministerin Eisenmann unterstützt, namentlich abzustimmen.

(Zurufe, u. a.: Ach!)

Wir sind sehr gespannt, wie sich die CDU-Fraktion dazu verhält. Sie können es uns anschließend erklären,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das wird der Kollege gern tun!)

Herr Kollege Reinhart. – Ja, Herr Kollege Schwarz, Ihnen gefällt es nicht. Das zeigt, dass es richtig ist.

(Beifall – Zurufe, u. a. des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Herr Kollege Reinhart, wie ist es denn mit den Verschärfungen?

(Zuruf: Ach!)

Wollen Sie uns ernsthaft erklären, das, was jetzt zur Homeoffice-Regelung in der Verordnung von Minister Heil steht, sei keine Verschärfung? Wollen Sie uns das ernsthaft erklären? Ich sage es in aller Deutlichkeit: Wir lehnen dieses Bürokratiemonster aus dem Bundesarbeitsministerium ab.

(Beifall)

Oder, Herr Kollege Reinhart, wollen Sie uns ernsthaft erklären, eine Verschärfung der Maskenpflicht im ÖPNV sei gar keine Verschärfung?

(Zuruf: Notwendig!)

Oder wollen Sie uns ernsthaft erklären, eine Verschärfung der Maskenpflicht im Einzelhandel sei gar keine Verschärfung?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie haben das doch unterstützt, Herr Rülke!)

Das sind Verschärfungen, Herr Kollege.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Moment, Herr Kollege Schwarz. Ich habe unterstützt, dass wir sagen, wir sind dazu bereit, medizinische Schutzmasken

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

im Einzelhandel verpflichtend vorzuschreiben, wenn wir dann wieder zu Öffnungen kommen.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Das ist der entscheidende Unterschied: Dass Einzelhandelsgeschäfte die Gelegenheit erhalten, wieder zu öffnen, wenn ihnen für ihre Kunden medizinische Schutzmasken vorgeschrieben werden. Das beantragen wir mit unserem zweiten Entschließungsantrag, und Sie sind herzlich eingeladen, zuzustimmen.

(Zuruf)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich stelle mir deshalb schon die Frage, Herr Kollege Reinhart: Was gilt jetzt? Gilt die Aussage der Kultusministerin, Ihrer Spitzenkandidatin: „keine Verschärfungen“? Oder gilt das, was im Entschließungsantrag der Regierungskoalition steht: „Wir unterstützen all das, was in Berlin besprochen wurde“?

(Zuruf: Zickzackkurs!)

Das würde mich interessieren. Das ist ein Zickzackkurs, den Sie an dieser Stelle verfolgen.

(Beifall)

Was fehlt, ist eine Öffnungsperspektive – einmal mehr.

(Zuruf: Richtig!)

Sie haben keinerlei Strategie, Herr Ministerpräsident. Sie haben nicht erklärt, wie Sie von den Einschränkungen für die Wirtschaft herunterkommen wollen, unter welchen Bedingungen, unter welchen Voraussetzungen, bei welchen Zahlen. Sie erklären nicht einmal, wie die Voraussetzungen für Schulöffnungen sind. Sie haben nur gesagt: „Na ja, wir schauen uns nächste Woche die Zahlen an, und dann entscheiden wir, was wir bei den Schulen öffnen und wie wir öffnen können“ usw. Ein Plan liegt hier nicht vor, und es geht weiter mit der Verwirrung der Bevölkerung. Vonseiten des Landeselternbeirats war zu lesen, es bestehe der Eindruck, die Spitze des Kultusministeriums sei in Kurzarbeit. Diesen Eindruck kann man in der Tat gewinnen.

(Beifall)

Was die Wirtschaft anbelangt, wird nun eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Jeder von Ihnen kennt den berühmten Spruch: „Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis!“

(Zurufe)

Wir haben wahrgenommen: Dieses Virus plagt uns jetzt ziemlich genau ein Jahr. Nach einem Jahr fangen Sie an, einen Arbeitskreis zu gründen, der die Frage zu beantworten hat, wie es mit der Wirtschaft weitergeht und welche Perspektiven Branchen wie der Handel oder das Hotel- und Gaststättengewerbe haben. Da kann ich nur sagen: Guten Morgen! Eine solche Strategie hätten Sie längst entwickeln müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Im Übrigen stellt sich auch die Frage nach den Ausgangssperren. Diese Ausgangssperren waren mit dem Inzidenzwert von 200 begründet. Wir haben mittlerweile in Baden-Württemberg nirgends mehr, in keinem Kreis, einen Inzidenzwert von 200. Es gibt andere Bundesländer, in denen das Infektionsgeschehen auch nicht besser ist als in Baden-Württemberg, die aber hierauf verzichten.

Deshalb sage ich an dieser Stelle sehr deutlich, Herr Ministerpräsident: Schaffen Sie diese Ausgangssperren ab! Diese Einschränkungen der Freiheitsrechte der Menschen lassen sich nicht rechtfertigen – zumindest jetzt nicht mehr.

(Beifall)

Was die Schulen angeht, haben wir wahrgenommen: Sie haben das Ziel, so weit wie möglich Unterricht und dort, wo denkbar, auch Präsenzunterricht anzubieten. Diese Zielsetzung unterstützen wir ausdrücklich.

(Zuruf: Danke!)

Allerdings ist es nicht unser Ziel, auf Teufel komm raus zu Präsenzunterricht zu kommen. Wir brauchen keine Präsenzunterrichtsgarantie, sondern wir brauchen eine Bildungsgarantie.

(Beifall)

Da vermissen wir nach wie vor eine Strategie, aus der deutlich wird, wie Sie diesem Anspruch gerecht werden wollen. Der gesamte Sommer wurde verschlafen, um die Digitalisierung der Schulen zu verbessern. Das ist nämlich einer der tieferen Gründe dafür, dass die Kultusministerin so auf Schulöffnungen drängt: Sie stellt fest, dass andere Unterrichtsformen wie Fernunterricht in Baden-Württemberg nicht mit der notwendigen Leistungsfähigkeit angegangen werden können.

(Zurufe)

Deshalb ist es notwendig, in diesem Bereich mehr zu liefern als das, wozu Sie bisher in der Lage gewesen sind. Wir wünschen uns ein abgestimmtes Konzept. Wo sind Schulöffnungen möglich, unter welchen Voraussetzungen? Was sind die harten Facts dafür, dass Sie sagen: „Wir öffnen Schulen für Präsenz, etwa für Betreuung oder auch für Präsenzunterricht“? Wo setzen wir Wechselunterricht ein, unter welchen Voraussetzungen, wo Hybridunterricht, wo Fernunterricht? All diese Fragen tun sich auf, aber Sie bieten keine Antworten. Was dieser ganzen Landesregierung in der Bildungspolitik fehlt, ist eine berechenbare Kommunikation. Diese leisten Sie an keiner Stelle.

(Beifall)

Auch im Bereich Filter, Masken haben Sie alles, was notwendig ist, um Schulunterricht wieder darzustellen, versäumt.

Richtig und positiv ist, dass Sie im Bereich der vulnerablen Gruppen stärker in die Richtung gehen, die wir immer schon empfohlen haben, nämlich stärker in die Richtung einer Protektionsstrategie für vulnerable Gruppen. Es ist richtig, diejenigen zunächst zu impfen, die vulnerabel sind, diejenigen zunächst zu impfen, die über 80 sind – wenn man Impfstoff hat, Herr Lucha. Dann ist es notwendig und richtig, dies zu tun.

Ich erkenne jetzt auch bei den Beschlüssen, dass man stärker auf Tests in Altenheimen und auf FFP2-Schutzmasken setzt. Das ist der richtige Weg. Sie haben vorhin, Herr Ministerpräsident, eine gewisse Tübingen-Allergie zu erkennen gegeben, zumindest was bestimmte Personen anlangt. Aber es gibt ja in Tübingen nicht nur einen Oberbürgermeister der Grünen, sondern auch eine Notärztin von der CDU, und man soll ja auch einmal andere Parteien loben, wenn sie etwas gut machen. Diese Notärztin von der CDU macht es gut.

(Beifall)

Aber die Strategien, die sie in Tübingen für richtig hält, haben sich noch nicht ganz zu Ihnen herumgesprochen. Also,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

fahren Sie da mal hin, schauen Sie sich das mal an. Ein Mehr an Protektionsstrategie wäre auch dieser Landesregierung anzuraten.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist auch ausdrücklich zu unterstützen, Herr Ministerpräsident, dass in dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin ein Wort zur EU als epidemischem Gebiet steht. Ja, es ist sinnvoll und notwendig, zu synchronisierten Maßnahmen zu kommen. Es ist sinnvoll und notwendig, die EU insgesamt als ein epidemisches Gebiet zu betrachten. Da ist allerdings bisher wenig passiert. Das will ich Ihnen nicht vorwerfen; das ist Sache der Bundesregierung. Aber wenn man so etwas in ein solches Papier hineinschreibt, müssen daraus auch Maßnahmen erfolgen. Denn das Ziel muss sein – das ist klar –, dass man Einreisebeschränkungen vermeidet. Wir können bei all den Belastungen für die Wirtschaft und für viele Menschen nicht nochmals zu Einreisebeschränkungen und zu Grenzschließungen kommen. Das muss vermieden werden. Deshalb ist es notwendig, auch in die Richtung zu gehen, wie das in diesem Papier drinsteht.

(Vereinzelt Beifall)

Abschließend natürlich – so wie auch in Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident – ein paar Worte zum Impfen. Sie haben gesagt – ich darf das zitieren –: „Wir wollen kein Windhundrennen.“ Haben Sie sich einmal angeschaut, wie die Terminvergabe funktioniert?

(Zuruf)

Wenn da ältere Leute am Computer sitzen, einen Termin suchen und dann möglicherweise einen Termin haben, dann müssen sie noch klicken, um ihn zu bestätigen, und in dem Moment, in dem sie zu klicken versuchen, ist der Termin weg, weil ein anderer den Bruchteil einer Sekunde schneller gewesen ist. Und da sagen Sie: „kein Windhundrennen“! Was Herr Lucha da in Baden-Württemberg veranstaltet, ist ein englisches Windhundrennen, nicht bloß ein baden-württembergisches. Also, da zu sagen: „Wir machen kein Windhundrennen“, ist schon beachtlich.

Dann haben Sie gesagt: „Es gibt kein Impfchaos.“ Reden Sie mal mit der Bevölkerung, machen Sie mal eine Umfrage. Sie stützen sich doch immer so gern auf Umfragen.

(Zuruf: Überhaupt nicht!)

– Doch, Sie haben immer erzählt, wie viele Leute prozentual Ihre Maßnahmen unterstützen. Das haben Sie hier immer erzählt. Sie sind jetzt da etwas zurückhaltender geworden – aus gutem Grund. Aber machen Sie doch mal eine Umfrage. Sie haben doch genügend Geld im Staatsministerium. Geben Sie doch mal eine Umfrage in Baden-Württemberg in Auftrag mit der Frage: „Sind Sie der Meinung, in Baden-Württemberg herrscht Impfchaos?“ Was glauben Sie, was da herauskommt, Herr Ministerpräsident? „Impfchaos“ ist nur der Vorname.

Vorhin haben Sie davon gesprochen, Sie würden sich nicht so gern Tabellen anschauen. Was das Impfen betrifft, kann ich verstehen, dass Sie sich die Tabelle hierzu nicht anschauen; denn Baden-Württemberg belegt den 16. Platz.

Sie haben auch das übernommen, was das Sozialministerium immer als Begründung liefert: „Wir halten die Hälfte des

Impfstoffs zurück, damit die zweite Impfung gewährleistet ist.“ Damit keine Missverständnisse aufkommen: Ich halte das ausdrücklich für richtig. Es ist richtig, die zweite Hälfte zurückzuhalten, den Menschen gleich einen Anschlusstermin drei Wochen nach der ersten Impfung zu geben und sicherzustellen, dass die zweite Impfung erfolgt.

Aber was Sie halt nicht beantworten konnten, sind Fragen wie die vom Kollegen Hinderer: Wo ist der Rest? Vielmehr ist es so: Wie in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“, so grüßt täglich Herr Lucha, der dann erklärt: „Es liegt nur daran, dass wir die andere Hälfte zurückhalten.“

(Zuruf)

– Was meinen Sie, Herr Kollege? Es wäre unfair gegenüber dem Murmeltier?

(Heiterkeit – Oh-Rufe)

Okay. Dann nehme ich das zurück. – Es wird also gesagt, das Zurückhalten der anderen Hälfte wäre der Grund. Nur, Herr Kollege Lucha: Baden-Württemberg ist nicht das einzige Bundesland, das die andere Hälfte zurückhält, und ist trotzdem Letzter im Ländervergleich.

(Widerspruch des Ministers Manfred Lucha)

– Doch, Herr Kollege Lucha. Das Problem ist: Sie sind der FC Tasmania 1900 Berlin des Impfens. Das ist das Problem, das wir in Baden-Württemberg haben.

(Beifall – Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

Wir haben ein Impfchaos, und offensichtlich werden wesentliche Teile des Impfstoffs nicht ausgeliefert. Das ist das Problem.

Herr Ministerpräsident, ich will mit einer Übereinstimmung schließen. Sie haben vorhin gesagt, das Sozialministerium sei – ich zitiere – nicht ausgestattet für diese Aufgabe; beim Sozialministerium handle es sich um ein kleines Ministerium, das nicht ausgestattet sei.

(Zuruf: Ja!)

Da gilt das, was die SPD seit Wochen predigt: Wenn ein Ministerium, wenn ein Minister nicht ausgestattet ist, wenn ein Minister überfordert ist, dann – so unser ceterum censeo – müssen Sie, Herr Ministerpräsident, ihm diese Aufgabe halt endlich entziehen und dorthin geben, wo man ausgestattet ist und wo das Impfen funktioniert. Denn im Moment funktioniert das Impfen in Baden-Württemberg nicht, und das ist kein Zustand, meine Damen und Herren.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für meine Fraktion, für die Grünen steht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Oder um es mal in Abwandlung eines Wahlplakatslogans zu sagen: „Gesundheit first“, meine Damen und Herren.

(Beifall)



(Andreas Schwarz)

Wir wollen und wir müssen die Ausbreitung des gefährlichen Virus verhindern, denn die Lage ist weiterhin sehr, sehr ernst. Der Ministerpräsident hat das hier eindrücklich geschildert, und dem ist im Grunde nichts hinzuzufügen.

(Zuruf: Alles klar!)

Wir müssen Abwägungen treffen. Jede Entscheidung hat Folgen. Wir brauchen Leitfäden für diese Abwägungen, um richtige Entscheidungen treffen zu können. Einer dieser Leitfäden ist für uns das Wohl der Kinder. Denn wir wollen Kindern und Jugendlichen eine Perspektive geben, ganz besonders in diesen Zeiten.

Es kommt jetzt darauf an, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die Maßnahmen des Lockdowns zeigen eine deutliche Wirkung. In den letzten Tagen hat sich die landesweite Inzidenz halbiert. Das ist ein Anlass, auch zuversichtlich in die Zukunft zu schauen.

Auch wenn wir Abstand halten, Maske tragen, Kontakte vermeiden, Ausgangssperren leid sind: Das alles hat sich bewährt. All diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, die Inzidenz herunterzubringen.

(Zuruf)

Und wenn wir die Inzidenz weiter herunterbringen wollen, müssen wir an diesen Maßnahmen festhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Zuruf)

Das ist in den letzten Wochen ein gemeinsamer Erfolg aller Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg, aller, die mitgemacht haben: die Wirtschaft, Lehrerinnen und Lehrer, die Schulen, die Familien. Herzlichen Dank an alle, die diese Maßnahmen befolgt haben. Wenn wir daran festhalten, können wir es gemeinsam schaffen, das Virus zurückzudrängen.

Es gibt jetzt eine neue Situation. Diese Maßnahmen, die auf der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen worden sind, dienen jetzt in erster Linie der Prävention und der Vorsorge. Das ist der wesentliche Unterschied. „Gesundheit first“ heißt jetzt Vorsorge, heißt Prävention, heißt Impfen. Deswegen ist es richtig, die Maßnahmen zu verlängern, schon allein unter Präventionsgesichtspunkten, und sie an einzelnen Stellen auch zu verschärfen.

(Beifall)

Schauen Sie sich einmal die Karte von Europa an, dann sehen Sie: Dort sind die Erfolge im Kampf gegen das Virus in einzelnen Ländern sehr fragil. Nehmen Sie beispielsweise Irland, nehmen Sie die neue Mutation, die aufgetreten ist. Diese neue Variante des Virus ist sehr tückisch, sie ist erheblich ansteckender. Ihre Ausbreitung müssen wir verhindern. Daher gilt nun das Gebot der Prävention umso mehr. Dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung notwendig. Wir begrüßen daher die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier im Haus in den letzten Wochen oft über Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte, die bis an den Rand der Erschöpfung um das Leben

von Covid-19-Patienten kämpfen, gesprochen. Uns eint die Sorge um besonders vulnerable Gruppen, Menschen mit Vorerkrankungen, die älteren Menschen. Wir wissen um die Nöte der Wirtschaft, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir erleben täglich engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die in Windeseile einen hochwertigen Fernunterricht auf die Beine gestellt haben.

(Zurufe, u. a. Abg. Bernd Gögel AfD: Ja, wenn Sie es nicht können!)

Aber lassen Sie uns auch einmal über eine Gruppe sprechen, für die diese Krise besonders schwierig ist: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen in diesen Tagen auf vieles verzichten. Das fängt beim direkten Kontakt mit anderen Kindern an, den die Kleinsten jetzt nicht haben. Viele Jugendliche kommen mit dem strukturierten Fernunterricht gut klar, aber es gibt auch viele Fragen. Viele Jugendliche vermissen Treffen mit Freundinnen und Freunden.

Ähnlich sieht es bei der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen aus. Vieles, was diese Zeit des Erwachsenwerdens bei Jugendlichen ausmacht, fällt derzeit weg, findet nicht statt. Dazu kommen wegfallende Nebenjobs, der erschwerte Start ins Berufsleben, damit verbundene finanzielle Sorgen, und über alledem schwebt die Unsicherheit, wie es nach der Coronakrise weitergeht.

Es liegt jetzt in unserer Hand, Kindern und Jugendlichen, jungen Erwachsenen eine Perspektive zu geben, denn wir alle entscheiden mit unserem Verhalten darüber, wie lange die Schutzmaßnahmen noch notwendig sind und ab wann Lockerungen angedacht werden können. Deswegen sind wir hier alle nochmals gemeinsam gefordert.

(Beifall)

In dieser Pandemie bilden wir eine Verantwortungsgemeinschaft. Diese Verantwortungsgemeinschaft reicht von den Rathäusern und Landratsämtern über die Landesregierung bis zum Bundesgesundheitsminister und zur Europäischen Union. Nur gemeinsam können wir das Virus in Schach halten. Es ist daher gut, dass die Ministerpräsidentenkonferenz diesen europäischen Bezug hergestellt hat. Herr Ministerpräsident, das ist der richtige Rahmen.

Diese Verantwortungsgemeinschaft vom Rathaus bis zur Europäischen Union wird beim Impfen ganz besonders deutlich. Das fängt bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Das Interesse, sich impfen zu lassen, ist riesig. Das ist auch erfreulich. Manches sorgt leider derzeit für Frust; denn noch ist der Impfstoff nicht in dem Maß verfügbar, wie es notwendig wäre. Zuständig für die Impfstoffbeschaffung ist der Bund im europäischen Geleitzug. Der Bund ist darauf angewiesen, was Firmen wie Pfizer und BioNTech anbieten und ob die Firmen ihre zugesagten Lieferungen auch einhalten.

Im Land haben wir die Infrastruktur für das Impfen aufgebaut. Da sind die Landkreise und viele, die sich bereit erklärt haben, in den Impfbetrieben mitzuwirken, mit im Boot. Ich möchte ganz herzlich den Ärztinnen und Ärzten, allen Ehrenamtlichen und den Aktiven aus den Rettungsdiensten danken, die sich so tatkräftig einbringen. Morgen gehen die Impfbetriebe an den Start. Wir legen jetzt los, meine Damen und Herren.

(Beifall)

(Andreas Schwarz)

Jetzt gab es Vorwürfe, und manche haben aus einem Zehntelprozent oder aus einem Promille eine Riesenschlagzeile gemacht. Wenn man sich jedoch umschaute, sieht man: Die konservative und vorsichtige Herangehensweise zahlt sich aus.

Manche Bundesländer sind vorgeprescht. Diese geraten jetzt in Nöte, weil die zweite Dosis nicht so schnell geliefert und somit nicht so schnell verimpft werden kann. Bayern hat flächendeckend Impftermine abgesagt. In Nordrhein-Westfalen hat Ministerpräsident Armin Laschet den Start der Impfungen für die über 80-Jährigen auf den 8. Februar verschoben. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich mache da niemandem einen Vorwurf, und ich rate auch allen, das nicht zum Wahlkampfthema zu machen.

Es gibt unterschiedliche Philosophien, wie man beim Impfen vorgeht. Wir werden das im Sommer evaluieren, und dann wird sich herausstellen, was richtig war. Aber wichtig ist doch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben jetzt in Baden-Württemberg überall die Infrastruktur aufgebaut, die gebraucht wird, damit das Impfen schnell Fahrt aufnehmen kann. Sobald der Impfstoff in genügender Menge vorhanden ist, kann es richtig losgehen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das hinbekommen.

Bei der Zweitimpfung stehen wir mit knapp 8 000 Zweitimpfungen an der Spitze, im vorderen Bereich in Deutschland. Deshalb kann man sagen: Wir sind da ganz gut unterwegs und auf dem richtigen Weg.

(Beifall)

Lassen Sie uns gemeinsam mutig und unverzagt die Bewältigung dieser Krise angehen. Ob die Zahlen zurückgehen, wissen wir nicht. Das heißt, es gilt, wachsam zu bleiben. Die Verlängerung der Maßnahmen bis zum 14. Februar ist in meinen Augen die richtige Entscheidung. Gleiches gilt für die Verschärfungen. Es sind ja nur partielle Verschärfungen, die uns betreffen. Denn Baden-Württemberg ist – Herr Ministerpräsident, Sie haben es hier schon einmal gesagt – eines der Bundesländer mit den schärfsten Maßnahmen. Deshalb konnten wir da gar nicht mehr viel on top dazusetzen. Aber ich finde es richtig, dass im öffentlichen Verkehr, in den Geschäften, überall dort, wo der erforderliche Abstand nicht eingehalten werden kann, jetzt ein wirksamer medizinischer Maskenschutz angewandt wird. Wir begrüßen diese Verschärfung, und ich bin mir sicher: Auch viele Bürgerinnen und Bürger tragen das mit. Denn auch hier gilt: „Gesundheit first“, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ganz klar: Um Kontakte zu vermeiden, ist das mobile Arbeiten, sind Homeoffice-Lösungen wichtige Instrumente. Es ist ja klar, dass das nicht die Frau am Fließband oder den Bäckermeister in der Backstube betrifft. Aber da, wo Homeoffice möglich ist, muss es jetzt kommen. Das ist ein wichtiger Beitrag, um die Infektionslast deutlich reduzieren zu können. Das ist entscheidend, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz ist, Herr Ministerpräsident, auch über die Überbrückungshilfen gesprochen wor-

den. Ich bin sehr froh, dass jetzt die Summe entsprechend erhöht wird. Aber ich will es an dieser Stelle nochmals auf den Punkt bringen: Diese Gelder müssen sehr zügig bei den Unternehmen ankommen. Es sind jetzt Abschlagszahlungen getätigt worden; das reicht aber nicht. Die Gelder müssen jetzt dort ankommen, wo es nötig ist. Die Herren Bundesfinanzminister und Bundeswirtschaftsminister sind dringend gefordert, diese Gelder auszuzahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Insgesamt sind das die richtigen Werkzeuge, die Sie, Herr Ministerpräsident, im Kreis mit der Kanzlerin verabredet haben, und wir werden sie in Baden-Württemberg umsetzen.

Diese Haltung teilen aber offenbar nicht alle hier im Haus. Kollege Rülke hat vorhin hier ja auch zum Ausdruck gebracht, dass es der FDP mit Öffnungen mal wieder nicht schnell genug gehen kann. Ich habe den Eindruck: Sie verkennen den Ernst der Lage. Vielleicht verkennen Sie sogar die Realität. Klamausk ist in dieser Debatte nicht angemessen. Ich sage es ganz offen: Wir machen hier den Landtag nicht zu einer Wahlkampf Bühne.

(Lachen)

Der Antrag, den Sie vorgelegt haben, ist absolut lächerlich. Ich finde, das, was Sie hier vorgebracht haben, ist eine ganz miese Nummer. Wir werden Ihren Antrag in der namentlichen Abstimmung nachher ablehnen. Das ist vollkommen klar.

(Beifall)

Uns Grünen liegt das Wohl der Kinder, der Kleinsten besonders am Herzen.

(Oh-Rufe – Abg. Anton Baron AfD: Das glaube ich sofort!)

Die Frage, wie es mit Kindertagesstätten, mit Schulen weitergeht, ist daher besonders wichtig. Wir sind hier in Baden-Württemberg im Einklang mit den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz. Kinder und Familien haben Priorität. Wir brauchen daher Perspektiven für die Kleinsten. Wenn ab Februar aufgrund der zurückgehenden Inzidenzen Öffnungen möglich sind, ist für meine Fraktion auch klar, dass Kindertagesstätten und Schulen ganz vorn in der Reihe stehen.

Klar ist: Eine Öffnung ist nur auf der Grundlage einer verbesserten Infektionslage bei zurückgehenden Inzidenzen möglich. Hygiene- und Schutzmaßnahmen sind besonders wichtig. Die Präsenzpflicht bleibt weiter ausgesetzt. Lehrkräfte werden mit Masken und Schutzkleidung ausgestattet.

Der Ministerpräsident hat dargestellt, was die Kriterien für eine vorsichtige, eine behutsame Öffnung der Grundschulen sind. Wir begrüßen diese Vorgehensweise. Die Frage, wie eine Öffnung der Kindertagesstätten und Grundschulen gelingen kann, ist eine Frage, die differenziert betrachtet werden muss. Ein einfaches Ja oder Nein ist hier fehl am Platz.

Deswegen ist es richtig, hier mit größter Umsicht vorzugehen. In dieser Pandemielage sind kleine Schritte notwendig. Es gilt, sich immer wieder zu vergewissern, ob der Plan richtig ist, ob die Datengrundlage stimmt.

(Andreas Schwarz)

Herr Ministerpräsident, Sie haben die einschlägigen Studien zitiert. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich kleine Kinder anstecken, ist geringer. Aber ob diese geringere Wahrscheinlichkeit ausreicht, um mit der höheren Ausbreitungsrate des neuen, mutierten Virus klarzukommen, ist unsicher. Deswegen ist auch hier Vorsicht geboten.

Ich will an dieser Stelle nochmals betonen, wie sehr wir das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer insbesondere an den Grundschulen schätzen. Da haben nämlich in den letzten Tagen viele Lehrerinnen und Lehrer für den Grundschulbereich, wo das eigentlich bislang unüblich war, Fernunterricht auf die Beine gestellt. Deswegen will ich hier ein großes Dankeschön aussprechen. Wir wissen dieses Engagement zu schätzen. Wir wissen aber auch, wie wichtig Präsenzunterricht für die Kleinen ist.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt Kriterien vorgestellt, die diesen Vorsichtsgedanken auch ausstrahlen. Wir begrüßen es, Frau Ministerin, dass hierzu ein Konzept erarbeitet wird. Wir denken, das ist genau die richtige Vorgehensweise.

Die Entscheidung darüber, ob die Grundschulen zum 1. Februar geöffnet werden können, treffen wir in Abhängigkeit von der Infektionslage. Die Öffnung erfolgt schrittweise. Das heißt, dass die Kleinsten aus der ersten oder zweiten Klasse zuerst in die Schule kommen. Hier ist der Bedarf für den direkten Kontakt zwischen den kleinen Kindern und den Lehrkräften am größten. Deswegen ist das die richtige Reihenfolge. Allen Lehrkräften in den Grundschulen werden wirksame Masken zur Verfügung gestellt. Hygienekonzepte werden weiterentwickelt. Denn selbst wenn Kinder weniger ansteckend sind, so liegt das Risiko doch nicht bei null. Deswegen ist es wichtig, hier nachzuschärfen.

Für meine Fraktion ist es am wichtigsten, dass, wenn die Grundschulen wieder geöffnet werden können, Wechselunterricht stattfindet, dass das eben nicht mit voller Besetzung einhergeht. Denn wenn lediglich 14 statt 28 Kinder zusammen im Klassenzimmer sitzen, dann senkt das das Ansteckungsrisiko noch einmal ganz deutlich. Wir begrüßen dieses Wechselmodell ausdrücklich. Das ist ein ganz wichtiger Baustein einer umsichtigen und sorgsamem Öffnungsperspektive für die Kinder.

(Beifall)

Was die weiterführenden Schulen angeht, ist klar, dass diese bis zu den Faschingsferien im Fernunterricht bleiben werden. Wie es danach weitergeht, wird von den Inzidenzen abhängig sein. Das ist auch mit Blick auf die epidemiologische Lage richtig. Wenn ich die Rückmeldungen anschau, dann freut es mich, dass der strukturierte Fernunterricht viel besser funktioniert als im Sommer. Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer haben sich hier richtig reingehängt, setzen gute Ideen um. So läuft der Unterricht auf Distanz auch gut. Das sind Botschaften, die mir Mut machen, die mich zuversichtlich stimmen.

(Beifall)

Dennoch ist es mir wichtig, dass wir schon jetzt Überlegungen anstellen, welche Angebote – von den Lernbrücken, die

wir ja im Sommer schon einmal hatten, bis hin zu weiteren Unterstützungsangeboten – wir den Kindern unterbreiten können, damit alle wieder gut den Anschluss finden. Denn gerade in der Coronakrise wollen und müssen wir für verlässliche Bildung für die Kinder in unserem Land sorgen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin frohen Mutes, dass wir die Zahlen weiter senken können, reduzieren können. Wenn wir alle gut mitmachen, wenn alle daran mitwirken, wenn sich alle an die Regeln halten, Kontakte reduzieren, Vorsicht walten lassen, dann wird es uns gelingen, das Virus zurückzudrängen. Dann können wir es auch schaffen, dass die Mutation hier nicht richtig Fuß fassen wird. Und erst dann ist der richtige Moment, um über Lockerungen und Öffnungen zu reden. Bis dahin gilt, dass wir uns dem Virus entschlossen und beherzt entgegenstellen.

Wir werden die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz umsetzen. Mit unserem Entschließungsantrag machen wir das heute deutlich. Gemeinsam können wir das schaffen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Und bleiben Sie gesund. Darauf kommt es jetzt in erster Linie an.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland wurden 2020 von der Coronakrise dominiert. Und nun sind wir im Jahr 2021. In den medialen Ausblicken zum Jahreswechsel wurde es „das unplanbare Jahr 2021“ genannt.

In der Tat: Corona macht es uns auch im neuen Jahr nicht leicht. Einmal mehr stellt uns die Pandemie vor enorme Unwägbarkeiten, einmal mehr stellt sie uns auf die Geduldprobe, und einmal mehr verlangt sie schnelle Entscheidungen unter weiterhin hoher Unsicherheit. Deshalb gilt die Herausforderung: Es gibt einen sichtbaren und einen unsichtbaren Teil der Lage, wie es angesprochen wurde. Und für uns, die Regierungsfractionen, steht die Gesundheit natürlich an erster Stelle.

(Beifall)

Im sichtbaren Teil sinken die Infektionszahlen jetzt. Das ist positiv. Die Sieben-Tage-Inzidenz lag hier gestern bei 98, im Bundesdurchschnitt bei 119. Es gibt auch Kreise – – In meiner Heimat lag sie noch bei 157.

(Zuruf: Hohenlohe 56!)

Die Zahlen sind sehr unterschiedlich. Aber wir verzeichneten in dieser Woche den niedrigsten Wert an einem Montag seit dem 20. Oktober.

(Abg. Anton Baron AfD: Hohenlohe!)



(Dr. Wolfgang Reinhart)

Die landesweite Sieben-Tage-Inzidenz in Baden-Württemberg ist gestern erstmals unter 100 gefallen, und auch auf den Intensivstationen gibt es erste Anzeichen der Entspannung.

Das heißt, der Lockdown wirkt, die Anstrengungen zahlen sich aus. Wir haben durchaus Anlass für Zuversicht. Auch der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, Professor Marx, sagt: „Es sieht so aus, als hätten wir den Höhepunkt bei den intensivpflichtigen Patienten überschritten.“ Das macht Mut, und das gibt auch Hoffnung.

Es gibt aber auch den unsichtbaren Teil. Die neuen Mutationen des Coronavirus und ihre Ansteckungsgefahr müssen uns Sorgen machen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es wurde angesprochen: Alle schauen gerade schockiert auf die irische Kurve. Irland konnte die Inzidenz im Herbst mit sehr harten Beschränkungen lange erfolgreich ganz niedrig halten. Um Weihnachten ist die Inzidenz aber explosionsartig innerhalb eines Monats von 41 am 10. Dezember 2020 auf 942 am 10. Januar 2021 gestiegen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Experten streiten sich noch darüber, ob diese Steigerung allein auf die Mutation zurückgeht. Aber so eine Entwicklung wollen wir alle bei uns verhindern.

Insofern steht ein Begriff ganz zu Recht im Mittelpunkt der Beschlüsse der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten, nämlich der Begriff „Vorsorge“. Aus Vorsorge haben die Regierungschefs ihr Treffen vorverlegt. Aus Vorsorge haben sie trotz sinkender Infektionszahlen die Beschränkungen jetzt verlängert. Noch wissen wir nicht genug über die neuen Virusvarianten, wie sie sich ausbreiten und auswirken, denn die Datenlage dazu ist vage. Es ist im Grunde genommen ein dreifaches E: Es fehlt an Evidenz, an Erkenntnis und auch an Erfahrung im Umgang mit einer aggressiveren Mutation. Wir müssen aufpassen, dass die Krankenhäuser nicht wie in Großbritannien überfordert werden. Deshalb folgen wir den Beschlüssen nach dem sinnvollen Prinzip: Besser Vorsicht als Nachsicht. Besser ist es, die Prävention zu verlängern. Das unterstützen wir in den Regierungsfractionen.

(Beifall)

Wieder einmal müssen wir auf die Volten, die das Virus schlägt, kurzfristig reagieren. Wir sind noch immer im Winter der Bedrohung, so hieß es dieser Tage. Erneut zeigt sich, dass jede Langzeitstrategie im Kampf gegen Corona im Ergebnis scheitern wird. Es gibt keine solche konkrete Langzeitstrategie. Nirgendwo auf der Welt gibt es sie. Der Kampf gegen eine zumeist verborgene Gefahr ist und bleibt schwierig. Auch in diesem Kampf müssen wir die Mittel maßvoll wählen.

Die Abwägung muss auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit immer angepasst werden. Wenn die Zahlen langsam fallen, müssen wir jede Beschränkung besonders gut erklären und begründen können. Das heißt, wir brauchen jetzt Fingerspitzengefühl und stets auch genaue Abwägungen. Die Menschen dürfen die Maßnahmen nicht als überzogen emp-

finden. Vielen – seien wir doch einmal ehrlich – geht derzeit auch die Geduld aus. Wir sehen es doch, wenn wir die E-Mails lesen. Auch der Ton hat sich geändert.

Wir brauchen jetzt Ermutigung und nicht die Ansprache der Härte. Die Menschen wollen genau verstehen können, welcher Eingriff in ihre Freiheit welchen Einfluss auf die Pandemiebekämpfung hat. Deshalb ist auch eine gute Kommunikation wichtig, und das erwarten wir von der Regierung. Wir müssen schon fragen, ob wir die Schrauben immer noch fester anziehen können. Jeder Handwerker weiß: Nach „fest“ kommt „ab“. Wenn wir die Schrauben vor lauter Eifer überdrehen, können wir auch Schaden anrichten. Darauf müssen wir sorgsam achten.

(Beifall)

Deshalb müssen wir jetzt bei den Maßnahmen Augenmaß beweisen und das Drehmoment angemessen dosieren. Das begrüßen wir.

Ich will aber auch sagen: An geschlossene Läden oder Ausgehverbote dürfen wir uns nicht einfach gewöhnen. Wir brauchen auch nach Wochen jeden Tag noch eine neue und vor allem gültige Rechtfertigung für unsere Maßnahmen. Das dürfen wir in der Lockdown-Routine auch bei den Ministerpräsidentenkonferenzen nicht vergessen; denn die wichtigsten Ressourcen im Kampf gegen die Pandemie sind und bleiben auch weiterhin Einsicht und Eigenverantwortung. Deshalb müssen wir die Menschen an Bord halten. Gelingt uns das nicht, wird jeder für sich selbst die Lockerung im Lockdown suchen. Dann zerbrechen der Zusammenhalt und auch die Akzeptanz. Das darf nicht passieren, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Deshalb kann ich auch nur vor falschen Gerechtigkeitsdebatten warnen, wie sie jetzt teilweise begonnen werden. Die vermeintliche Logik geht so: Weil es im Privaten starke Beschränkungen gibt, müssen wir jetzt auch Wirtschaft und Arbeitswelt endlich noch stärker beschränken. Aber geteiltes Leid ist eben nicht immer halbes Leid, sondern wäre in diesem Fall doppeltes Leid. Es ist ein Unterschied, ob ich auf private Besuche verzichte oder ob wir Fabriken dichtmachen. Ich kann auch für meine Fraktion sagen: Finger weg vom Shutdown der Industrie!

(Beifall)

Wir haben uns damit befasst, auch mit dem Chef des ifo-Instituts. Homeoffice ist überall da gut und richtig, wo es sinnvoll möglich ist; dort müssen Arbeitgeber das auch gewähren. Auch dass die Bahnen und Busse leerer sein sollen, begrüßen wir. Aber die Produktion muss weiterlaufen. Hier gibt es die höchste Wertschöpfung bei geringster Ansteckungsgefahr.

Insoweit: Die Schließungen im Handel, in der Gastronomie, im Tourismus, in der Kultur sind doch schlimm genug. Deshalb müssen wir dort auch weiterhin helfen. Trotzdem sagen uns die Ökonomen: Den Lockdown in der aktuellen Form können wir gesamtwirtschaftlich gerade noch einigermaßen aushalten. Aber stoppen wir jetzt auch noch in der Industrie die Bänder, dann würden wir das wirtschaftlich nicht überleben.



(Dr. Wolfgang Reinhart)

Deshalb ist es gut, dass wir entschlossen sind, Forderungen nach umfassenden Betriebsschließungen nicht aufzugreifen. Wirtschaft und Gesundheit sind keine Gegenpole. Wir brauchen die Wirtschaft, damit wir uns ein starkes Gesundheitswesen leisten können.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deshalb war unser Motto schon seit März: Die Menschen schützen, dann aber auch der Wirtschaft helfen.

Ich freue mich daher, dass jetzt auch die Bundesregierung die Überbrückungshilfe III radikal verbessern will. Es ist jetzt fest zugesagt. Für die Unternehmen ist das eine gute, aber auch eine dringend notwendige, erwartete Nachricht. Wir hätten uns das alles noch schneller gewünscht. Einfacher, schneller, mehr: Auf diese Formel lässt sich die neue Überbrückungshilfe jetzt bringen.

Vor allem, dass Einzelhändler die Wertverluste für Saisonware jetzt anrechnen können, bringt vielen eine große Erleichterung. Auch die Auszahlung der November- und Dezemberhilfen nimmt jetzt endlich Fahrt auf. Ich sage: endlich. Ich habe am Montag von der Chefin der L-Bank – die hilft ja mit – gehört, dass es erst am Montag mit 60 neuen Leuten möglich wurde, die Auszahlungen zu beginnen. Diese Gelder müssen jetzt schnell und direkt fließen. Wir wollen nicht, dass der Infektionswelle die Insolvenzwellen folgt. Darum muss es gehen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Am Ende der Rede gern, weil wir hier ja begrenzte Redezeit haben. Aber ich komme darauf zurück.

Ein besonders sensibler Bereich sind die Schulen. Der Beschluss betont ganz zu Recht erneut die höchste Bedeutung, die der Betrieb von Schulen und Kindergärten hat. Gerade für die Grundschüler ist Distanzunterricht keine Dauerlösung. Das hat die Kultusministerin von Beginn an deutlich gemacht.

(Beifall)

Ohne Frage: Das Beste für die Kinder ist das gemeinsame Lernen im Klassenzimmer. Ein Erstklässler kann lesen und schreiben nicht allein zu Hause lernen. Wie soll das auch gehen? Wir sagen immer: Auf den Anfang kommt es an. Das war immer unsere Devise. Auch die Erst- und Zweitklässler des Jahrgangs 2020/2021 haben ein Recht auf diesen guten Start. Dieses Recht müssen wir wahren, und wir müssen es auch schützen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Deshalb kämpft die Kultusministerin für dieses Recht. Ich sage: zu Recht. Sie kämpft dafür, dass diese Kinder nicht zurückbleiben, dass sie möglichst schnell eine Perspektive bekommen. Die Kinder im Land müssen und sollen sich gesund entwickeln dürfen, auch in der Zeit der Pandemie. Dazu gehört das elementare Recht auf Bildung. Wir können übrigens die psychische, die soziale, auch die geistige Gesundheit der Kinder nicht auf Dauer einer anderen Gesundheitsfrage unterordnen.

Selbst der Vorsitzende des Landeselternbeirats musste dieser Tage ja einräumen, dass die Eltern in diesen Fragen tief gespalten sind. Wir müssen deshalb sehen: Der Kurs der Kultusministerin ist richtig. Ihr Kampf um Vorfahrt für die Bildung ist richtig. Deshalb ist auch der Einsatz der Ministerin für die Kinder richtig. Das muss man immer im Gesamtzusammenhang sehen.

(Beifall)

Wir wollen in Baden-Württemberg ab dem 1. Februar – wir haben es gehört – vorsichtig zum Präsenzunterricht zurück, Schritt für Schritt, in verschiedenen Szenarien und auch nach Alter differenziert. Dafür wirbt die Kultusministerin seit Wochen. Wir freuen uns auch, dass das jetzt im Schulterschluss mit dem Ministerpräsidenten geschieht. Er hat sich geöffnet und das hier auch erklärt. Es ist einfach wichtig, dass wir den Kindern, auch den Familien jetzt gemeinsam diese Perspektive geben.

Ich möchte an dieser Stelle schon einmal sagen: Ich habe heute in den „Stuttgarter Nachrichten“ gelesen, man solle auch einmal loben. Ja, man sollte auch einmal loben.

(Zuruf)

Was sowohl das Kultusministerium als auch Eltern, Lehrer, Kinder, Familien und übrigens auch die Politik in diesem Ausnahmejahr bisher geleistet haben, das sollte einmal gesagt werden.

(Beifall)

Ich teile die Meinung des Regierungschefs: Hier kann es doch nicht um Sieg oder Niederlage gehen. Es geht doch um Folgen für die Kinder, um Verantwortung. Ja, wir sind eine Verantwortungsgemeinschaft.

Aus Sicht unserer Fraktion können auch regelmäßige Reihentestungen ein Baustein für die sichere Öffnung von Kitas und von Schulen sein. Wir erwarten auch, dass das Sozialministerium dies gewährleistet, genauso wie die Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer, und zwar mit hochwertigen, sicheren FFP2-Masken.

Wir drängen auch noch einmal auf den besonderen Schutz von Alten- und Pflegeheimen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Nach wie vor geschehen ausgerechnet dort, wo die Menschen ganz besonders verletzlich und gefährdet sind, viel zu viele Infektionen. Es ist schon beunruhigend, dass es noch immer nicht genug gelingt, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Hier müssen wir wirklich alle Kräfte mobilisieren, um diesen großen Gefahrenherd endlich zu löschen. Wir erwarten die konsequente und lückenlose Umsetzung der Testpflicht in Alten- und Pflegeheimen und auch in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen; das ist wichtig.

Der Bund steht in dieser Frage auch zur Unterstützung bereit: mit der Bundeswehr, mit der Bundesagentur für Arbeit, mit der Ausbildung von Freiwilligen. Ich muss jetzt schon sagen: Wir begrüßen diese gemeinsame Initiative von Bund und Land – übrigens auch für die Schnelltests. Das muss jetzt alle schnell vor Ort wirksam werden; darum muss es gehen.

(Beifall)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Darauf legen wir auch Wert.

Natürlich ist es auch gut, dass die Kanzlerin heute und morgen gerade in Europa unterwegs ist und sich für eine gemeinsame europäische Strategie einsetzt. Alle Hoffnungen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, richten sich jetzt auf die Impfung. Sie ist die einzige nachhaltige Strategie gegen diese Pandemie.

Es sorgt natürlich für Unruhe, wenn Baden-Württemberg bei der Impfquote, wie angesprochen, auf einem hinteren Platz oder beim Ländervergleich auf dem letzten Platz liegt. Die Länder bekommen die Impfdosen ja streng nach der Bevölkerungszahl.

(Zuruf: Ja!)

Natürlich haben wir noch zu wenig Impfstoff. Aber zu wenig Impfstoff für Baden-Württemberg – daran allein kann es ja nicht liegen.

(Zurufe: Aha!)

Uns allen ist klar: Die Aussagekraft des reinen Länderrankings ist begrenzt; das wurde angesprochen. Es gibt auch keine Impf-Bundesliga. Aber ganz unten in der Tabelle wollen wir Baden-Württemberger natürlich trotzdem nicht sein; das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall)

Das weiß auch der Gesundheitsminister. Es wurde aber auch die Strategie dargelegt. Es geht darum, dass wir bei der Zweitimpfung ganz vorn liegen. Insoweit ist es einfach wichtig, dass wir alle gemeinsam in dieser Sache vorankommen. Wir haben deshalb auch den Gesundheitsminister am Dienstag in der Fraktion gesprochen, motiviert und ermuntert

(Lachen)

– ja –, dass wir hier gut und klar vorankommen.

Wir können in Baden-Württemberg – – Man kann immer, überall noch besser werden: bei der Terminvergabe, bei der Information, bei der Unterstützung gerade vieler Älterer, etwa durch Fahrdienste. Die Impfkampagne ist ein lernendes System. Das hat uns übrigens Kollege Lucha dargelegt. Wir vertrauen jetzt auf eine steile Lernkurve,

(Lachen)

dann werden wir auch erfolgreich sein können. Davon bin ich überzeugt.

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Das waren zwei Ohrfeigen gerade!)

Insoweit ist richtig: Wir müssen in solchen Zeiten der Pandemie zusammenstehen und dürfen nicht das Haar in der Suppe suchen.

(Zuruf)

Corona, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist ein „gemeiner Gegner“. So hat es gestern die „Heilbronner Stimme“ bezeichnet. Einem gemeinen Gegner kann man sich entweder entnervt ergeben, oder man hält durch und ringt ihn nieder.

Morgen beginnen bereits alle kommunalen Impfzentren.

(Zurufe)

Am Ende entscheiden oft der Wille und die mentale Stärke. Wir können zusammen stärker sein als das Virus.

(Zuruf: Jawohl!)

Wir halten stand. Helfen wir alle weiter mit, dann werden wir auch Corona gemeinsam überwinden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Bravo-Rufe – Weitere Zurufe, u. a.: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Baron, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Zwischenfrage zu stellen.

**Abg. Anton Baron AfD:** Vielen Dank für das Zulassen der Frage, Herr Reinhart. – Sie gehen immer von den Inzidenzzahlen aus. Wir sind ganz bei Ihnen, die Infektionstreiber mit gezielten Maßnahmen zu unterbinden. Daher habe ich die Frage: Können Sie mir noch einmal den prozentualen Anteil an der Gesamtinfektionszahl nennen, für den die Gastronomie oder die Hotellerie verantwortlich waren?

(Zurufe, u. a.: Das kann man nicht!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU:** Na ja, Herr Kollege Baron, in einer Zeit, in der wir einen Lockdown haben und in der die Gastronomie seit Wochen oder Monaten geschlossen ist, kann man realistischere keine Zahlen betrachten. Ich vermute einmal, dass diese Frage, die Sie eben gestellt haben, weit unter Ihren Fähigkeiten liegt.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, nein, nein! – Abg. Reinhold Gall SPD: Nein! Das entspricht exakt seinen Fähigkeiten!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Die Frage ist beantwortet.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU:** Insoweit glaube ich, Herr Kollege Baron: Wir alle haben Interesse daran, dass wir uns gerade jetzt, da wir noch mal die Freiheitsbeschränkungen verlängern,

(Abg. Anton Baron AfD: Vor dem Lockdown!)

die Freiheiten schneller erkämpfen, damit wir dann auch in der Gastronomie, im Handel, überall die Freiheit genießen können, wenn wir diese Coronapandemie besiegt haben.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Sehr gut! – Abg. Anton Baron AfD: Herr Reinhart, die Zahlen vor dem Lockdown natürlich!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Erneut, nach nicht einmal zwei Wochen, stehen wir wieder hier, diskutieren wieder über das Thema, wie wir das Land, die Menschen in diesem Land durch diese Coronapandemie bringen. Es ist eine – ich schließe mich Ihnen da an – sehr ambivalente Betrachtung der Istsituation: Auf der einen Seite haben wir seit einigen wenigen Tagen eine fallende Tendenz bei der Zahl der Neuinfektionen, wir haben ei-

(Andreas Stoch)

ne leichte Entspannung bei der Auslastung der Intensivkapazitäten. Diese liegt aber noch immer bei 87,5 %; das war jedenfalls der Stand gestern.

Herr Ministerpräsident, wir hatten erst in der letzten Woche die Höchststände der an und mit Corona Verstorbenen erreicht. Ich kann also Ihre Bewertung, das, was Sie aus den Zahlen herauslesen, nicht ganz teilen, dass die Geschehnisse gerade in der zweiten Dezemberhälfte nicht doch dafür gesorgt haben, dass wir jetzt noch immer in einer sehr angespannten Situation sind.

Aber es sind Zeichen der Entspannung am Horizont zu erkennen. Das ist, glaube ich, unglaublich wichtig, um die Menschen in diesem Land auch zu motivieren, diesen harten und beschwerlichen Weg weiterzugehen.

Ich sage es ganz offen: Ich war zunächst etwas überrascht, als es hieß, der ursprünglich für den 25. Januar vorgesehene Termin mit den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin werde um eine Woche vorgezogen, und zwar mit der Begründung, der Handlungsdruck sei angesichts der neuen Mutation des Virus gewachsen, da diese eine besondere Gefahr darstelle – so sagten es jedenfalls viele Wissenschaftler – und daher ein schnelles Handeln nötig mache.

Sie haben es zu Beginn Ihrer Rede hier deutlich gesagt, dass vieles von dem, was jetzt beschlossen wurde und was wir in den nächsten Wochen weiter zu beachten haben – nämlich auch weiterhin diesen „harten“ Lockdown zu befolgen –, der Logik geschuldet sei, dass wir angesichts der Gefahr der Mutation und der schnelleren Übertragbarkeit des Virus Vorsorge treffen müssten. Das war bei mehreren so zu hören; insbesondere wurde auf die Präventionsgründe abgehoben, die angesichts der Virusmutation gegeben seien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage es Ihnen ganz offen: Auch ich sehe, ebenso wie Sie: Die Menschen haben langsam die Nase voll. Wir müssen aufpassen, dass wir die Herausforderungen nicht über einen zu langen Zeitraum zu hart gestalten. Denn die Menschen in diesem Land sind nicht endlos lange bereit, diesen Weg mitzugehen. Ich habe es hier an dieser Stelle schon im Dezember und auch wieder vor zwei Wochen gesagt: Es muss immer wieder gut erklärt werden, warum wir das tun, was wir tun. Es reicht eben nicht aus, Woche für Woche nur Beschlüsse vorzulesen, sondern diese Beschlüsse müssen auch besser erklärt werden.

Herr Kollege Reinhart, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie auch in Richtung der Landesregierung Ihre Erwartungen formuliert haben. Wir brauchen in der Bevölkerung die volle Überzeugung – und zwar auch bei Menschen, die weniger gut Deutsch können. Es geht um eine Kampagne, die den Menschen auch in unterschiedlichen Sprachen den Sinn und die Notwendigkeit der Maßnahmen erklärt. Das halte ich für wichtig. Wir bewältigen diese schwierige Situation, und zwar in absehbarer Zeit, nur dann, wenn alle Menschen in diesem Land mitmachen und wenn alle auch den Ernst der Maßnahmen verstehen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Deswegen dürfen wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht nachlassen. Die Lage war im vergangenen Frühjahr anders. Im ver-

gangenen Frühjahr haben viele Menschen aus eigener Initiative und auch aus einem Gefühl der Verängstigung gewisse Maßnahmen sogar übererfüllt. Da gab es Initiativen mit dem Titel „#WirBleibenZuhause“; aus der Bevölkerung heraus ergingen Appelle an die Mitmenschen: Seid vorsichtig! Heute scheint es, als müssten die schärferen Einschränkungen vieles von dem kompensieren, was im Unterschied zu damals nicht mehr von allen freiwillig gemacht wird. Wir wissen doch aber, dass die Maßnahmen nur dann wirken, wenn alle mitziehen.

Ich nehme einmal konkret das Beispiel Homeoffice. Im letzten Frühjahr waren bis zu 27 % der Beschäftigten im Homeoffice. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da war Produktion weiterhin möglich. Da war das Handwerk weiterhin offen, und dort wurde gearbeitet. Dennoch waren rund 27 % der Menschen im Homeoffice. Im Moment liegt diese Zahl bei 14 %. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in unseren Entschließungsanträgen von Oktober, November und Dezember immer wieder gesagt: Lasst den Bereich der Arbeitsplätze nicht aus dem Blick! Das ist ein Bereich, der durch die Wege zur Arbeit und zurück, aber auch durch die Begegnungen in Büros, in Großraumbüros unnötige und vermeidbare Kontakte mit sich bringt. Diese sind tatsächlich vermeidbar, wenn im Homeoffice gearbeitet werden kann.

Es wurde wissenschaftlich errechnet, dass eine um 1 % erhöhte Homeoffice-Quote dazu führt, dass die Kontakte um 4 bis 6 % reduziert werden. Insofern ist es eine aus meiner Sicht richtige Entscheidung, diesen Appell hier noch einmal zu verstärken. Denn wenn wir möglichst bald aus dieser schwierigen Situation herauskommen wollen, müssen wir an die Vernunft der Menschen, an die Vernunft von Arbeitgebern wie auch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern appellieren, und wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass dies endlich stärker Beachtung findet.

(Beifall)

Wenn wir nun diese weiteren Maßnahmen besprechen, brauchen wir aber auch die Fähigkeit, Fehler einzugestehen und über neue Erkenntnisse zu sprechen. Die Landesregierung muss auch deutlich machen, auf der Basis welcher Fakten und auf der Basis welcher Prognosen und Annahmen sie handelt. Das heißt aber auch, dass man Fehler eingesteht. Ich erinnere mich, dass, als wir im Herbst hier diskutiert haben, vonseiten der FDP/DVP-Fraktion, vom Kollegen Rülke, gesagt wurde, die FFP2-Masken seien ein wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit. Da haben viele mit den Schultern gezuckt. Wenn wir die Diskussionen der letzten Tage mitverfolgt haben, müssen wir aber sagen: Dies anzusprechen war richtig. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade auch in den Regierungsfractionen: Ich glaube, es macht schon Sinn, der Opposition zuzuhören.

(Zuruf: Immer!)

Denn vieles von dem, was wir in den letzten Wochen und Monaten hier gesagt haben – insbesondere auch zum Bereich der Schule – – Wir haben nämlich im Herbst bei steigenden Inzidenzen gesagt: Wir wollen die Schulen offen halten. Aber dazu muss etwas geändert werden, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)



(Andreas Stoch)

Und dann bitte nicht diese Kalendersprüche: „Hinterher ist man immer klüger.“ Man kann, wenn man die Fakten auswertet, auch schon vorher klüger sein. Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sind diese auch kritischen und kontroversen Diskussionen wichtig.

Dann möchte ich ehrlicherweise auch nicht ständig den Vorwurf hören, es werde hier alles für Wahlkampf verwendet. Wir sind sieben Wochen vor einer Landtagswahl, die extrem wichtig ist für die Zukunft dieses Landes. Wenn wir im Moment in einer der schwierigsten Situationen dieses Landes sind, dann spielt es bei der Frage, wie wir diese schwierige Situation bewältigen, eigentlich keine Rolle, ob sieben Wochen früher oder später die Landtagswahl ist, weil wir jetzt darüber diskutieren müssen, wie wir am besten aus dieser Krise herauskommen.

Aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dann mutet es schon eigenartig an, wenn sich in der letzten Woche der Ministerpräsident vor die Kameras stellt und verkündet, dass er gemeinsam mit der Kultusministerin entschieden habe, dass die Schulen bis zum 31. Januar geschlossen bleiben. Das ist eine schwierige Abwägungsentscheidung, das will ich überhaupt nicht bestreiten. Aber wenn dann als Nächstes die Kultusministerin ans Mikrofon tritt und erklärt, dass nicht gemeinsam entschieden wurde, sondern dass der Ministerpräsident entschieden habe und dass sie eine dezidiert andere Auffassung vertreten habe, dann frage ich Sie schon, ob das noch normales Regierungshandeln ist oder ob das nicht das offene Brückieren des eigenen Regierungschefs in einer Pressekonferenz ist, die doch keinen anderen Zweck haben kann, als sich sieben Wochen vor einer Landtagswahl gegenüber dem eigenen Ministerpräsidenten zu profilieren. Halten Sie die Menschen in diesem Land eigentlich für blöd?

(Beifall)

Deswegen sparen Sie sich diesen Vorwurf. Wir alle wollen, dass wir mit einem möglichst geringen Schaden durch diese Krise kommen.

(Zuruf: Ganz toll!)

Sie werden von mir, wenn es um Themen wie das Impfen geht, Kritik hören. Sie werden aber keine Kritik hören an dem Ziel, das wir alle gemeinsam haben, nämlich dass sich möglichst viele Menschen – ich halte das nämlich für den einzigen Weg aus dieser Pandemie – impfen lassen.

Aber umso mehr müssen wir doch darüber reden: Was könnte der Akzeptanz schaden, dass die Menschen diesen Weg mit uns gehen? Ein wichtiges Argument ist, dass Menschen dann eben frustriert sind – gerade Menschen, die über 80 und auf Hilfe angewiesen sind –, wenn sie stundenlang in irgendwelchen Warteschleifen hängen, wenn Termine nicht vergeben werden oder auch – das gilt gerade für unser Personal im Pflegebereich – wenn in meiner Klinik in Heidenheim die Menschen, die tagtäglich an der Front der Behandlung dieser Patienten arbeiten und einen Impftermin hatten, erfahren, dass der Impftermin abgesagt wurde, aber gleichzeitig gesagt wird: Das Sozialministerium hat uns nicht einmal darüber informiert, dass es hier eine Verschiebung gibt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich werfe Herrn Lucha nicht vor, dass er nicht mehr Impfdosen vom Bund oder aus

Europa bekommt, aber eine sinnvolle und vernünftige Kommunikation mit den Leuten, die in Verantwortung sind, das erwarte ich von einer Landesregierung in Baden-Württemberg.

(Beifall)

Deswegen müssen wir versuchen, den Frust bei den Menschen nicht noch durch solche handwerklichen Fehler zu verstärken.

Herr Ministerpräsident, bei aller Liebe zu Ihren Rechenkünsten: Es war nicht schwierig, was Herr Hinderer hier gefragt hat. Wenn knapp 350 000 Impfdosen vorhanden sind

(Zuruf)

– danke, machen wir es ganz genau; Herr Kollege Hinderer hat die Zahl, glaube ich, von gestern genannt, aber sie liegt in der Größenordnung von 350 000 bis 370 000 – und wir dann 122 000 verimpfte Dosen haben – auch wenn ich berücksichtige, dass Sie eine zweite Impfdosis zurückhalten; das tun übrigens andere Bundesländer auch, die stehen aber nicht auf dem letzten Platz –, dann ist noch immer die Frage: Wo sind die übrigen 55 000 Impfdosen? Wenn ich die Gesamtzahl halbiere, ergeben sich 180 000, 185 000 Dosen. Dann bleiben 55 000, die irgendwo sind, aber jedenfalls nicht dort, wo sie hingehören, nämlich in der Impfung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dann wollen wir wissen, wie es um die Menschen in unseren Pflegeheimen steht, die dringend auf diese Impfung angewiesen sind – die vulnerablen Gruppen, aber auch deren Pfleger, die in diesen Kliniken arbeiten. Wir stellen hier im Parlament diese Fragen. Das müssen wir tun, denn frustrierte Menschen, die über Tage und Wochen versuchen, für ihre Angehörigen Impftermine zu bekommen, rufen bei uns an und bitten um Hilfe.

(Zurufe)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns diesen Impfprozess so gut es geht organisieren. Denn sonst läuft es so wie im Allgäu: Dort inseriert nämlich die CDU in der Zeitung, dass sie gern den eigenen CDU-Mitgliedern und den anderen über 80-Jährigen beim Impfen hilft, weil der Sozialminister nicht in der Lage sei, ein vernünftiges Verfahren aufzustellen. Das steht so in der „Schwäbischen Zeitung“. Nur mal so viel zum Umgang der beiden Regierungsfractionen miteinander, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Das Impfen hat nun begonnen. Impfprioritäten, die Impfanmeldungen und der Impfablauf sind häufig noch nicht mal den daran beteiligten Akteuren vollauf bewusst. Dies belastet unnötig und führt auch zu Demotivation und Frust.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade auch, wenn es um die Frage geht, ob die Menschen bereit sind, diese Beschränkungen noch lange auszuhalten, weise ich darauf hin: Es ist erheblicher Druck im Kessel, es ist Feuer unterm Dach. Ich habe in diesen Tagen mit vielen Menschen aus der schulischen Welt Kontakt gehabt,

(Zuruf: Wir auch!)

mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Schulleiterinnen und Schulleitern, mit Eltern, aber auch mit Menschen, die sich um das



(Andreas Stoch)

seelische und vor allem das psychische Wohl der Kinder sorgen. Ich sage Ihnen eines – ich habe es vorhin schon angedeutet –: Wir sind froh darüber, dass offensichtlich bei einigen in diesem Landtag die Erkenntnis Kurve nach oben geht. Denn es gilt, was wir bereits im Oktober, November bei deutlich steigenden Infektionszahlen gesagt haben: Wer mit dem Kopf durch die Wand will und wie die Kultusministerin sagt, die Schulen und Kitas müssten offen bleiben, und damit meint, mit allen Kindern und allen Lehrkräften in ein und demselben Klassenzimmer und in ein und demselben Schulgebäude, der – davor haben wir gewarnt – wird an die Wand fahren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das hat sie doch gar nicht gesagt! – Gegenruf: Natürlich!)

Die Kultusministerin hat letztes Jahr im Dezember die Leopoldina, einen Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, als nicht auf der Höhe der Zeit bezeichnet und hat nach Weihnachten erklärt, dass Schulen und Kitas unabhängig von Inzidenzen geöffnet werden sollten. Damit ist eine Ebene des Diskurses erreicht, die nicht mehr akzeptabel ist, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Denn damit tut sie eben nicht das, was Sie hier wortreich bekunden, nämlich einen Ausgleich zwischen dem notwendigen Gesundheits- und Infektionsschutz einerseits und dem dringenden Anspruch der Kinder auf gute Bildung andererseits zu schaffen.

Wir, die SPD, haben mit der GEW und dem Landeselternbeirat am 4. Januar gefordert, in den Schulen in Baden-Württemberg dann, wenn es die Infektionslage zulässt, mit einem Wechselunterricht – das heißt, einem täglichen Wechsel – zu starten. Das ist etwas, was ich aus dem Mund der Kultusministerin bis heute nicht gehört habe, insbesondere nicht, was die Grundschulen angeht. Der einzige Satz, den die Kultusministerin für die Grundschulen gebraucht, ist folgender: „Sie können doch nicht Grundschüler tagelang daheim vor den Computer setzen.“

(Zuruf: Da hat sie recht!)

Sprechen Sie zur Abwechslung mal mit dem Schulleiter einer Grundschule. Das habe ich in den letzten Wochen mit vielen getan.

(Zuruf: Wir auch!)

Die sagen mir: „Ich brauche gar keine digitale Unterstützung, um mit Grundschulern auch in einem Wechselmodell arbeiten zu können.“

(Zuruf)

Herr Ministerpräsident, ich warne davor, dass Sie die Studie, die Sie im Mai mit heißer Nadel erstellen ließen, heute noch als Referenz für Ihr Handeln nehmen. Denn das, was dort drinsteht, ist testbasiert. Es beruht darauf, wie viele Tests von Kindern in einer gewissen Altersspanne positiv ausgefallen sind. Wir wissen heute aus Studien, die u. a. in England, Österreich und der Schweiz gemacht wurden, und auch neue Infektionszahlen nach der Schulöffnung in Frankreich zeigen dies deutlich: Kinder und Jugendliche erkranken deutlich weniger häufig an Corona. Aber sie sind in Frankreich derzeit sogar in den Altersgruppen der bis zu Neunjährigen und der Zehn- bis 19-Jährigen die Gruppe mit dem höchsten Anteil an positiv Getesteten. Wenn Sie das zur Kenntnis nehmen und zur

Grundlage Ihres Handelns machen, aber andererseits, wie Sie vorhin sagten, aufgrund der Mutation besondere Vorsicht walten lassen wollen, dann sehe ich erhebliche Widersprüche in dem, was Sie heute hier erzählt haben, und vor allem noch größere Widersprüche zu dem, was Ihre Kultusministerin offensichtlich will.

Denn Ihre Kultusministerin hat sich als Differenzierungsmodell bisher Folgendes ausgedacht: Nach dem 31. Januar öffnen die Kitas komplett und gehen die Klassen 1 und 2 komplett in die Schule, und eine Woche später gehen dann die Klassen 3 und 4 komplett in die Schule. Das, was Sie, Herr Ministerpräsident, heute gesagt haben – ich habe es jedenfalls so verstanden –, ist ein vorsichtigeres Modell, das zumindest erlaubt, mit hälftiger Teilung der Klassen, und zwar möglichst im täglichen Wechsel, die Abstände in den Schulen einzuhalten, den Kindern weiterhin eine Struktur zu geben und damit bestmögliche Bildung unter Pandemiebedingungen anzubieten.

Ich sage Ihnen: Das, was die Kultusministerin seit Monaten nicht tut, was der Landeselternbeirat gefordert hat, nämlich einen runden Tisch aller Beteiligten einzurichten, werden wir morgen gemeinsam mit den am Schulleben Beteiligten durchführen. Wir werden in der nächsten Woche einen Vorschlag unterbreiten, wie die Schule im Monat Februar unter verantwortbaren Umständen geöffnet werden kann. Das, was Sie tun, ist, sich auf offener Bühne – so wie letzte Woche – gegenseitig zu widersprechen, den Schulen keine Planungssicherheit zu geben. So kann es für die Familien im Land, aber auch für die Schulen im Land Baden-Württemberg nicht weitergehen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Abschließend – das ist auch immer wieder Thema in unseren Debatten – eine klare Aussage: Wenn Sie den Menschen in einer schwierigen Situation, wie wir sie jetzt nach gut fünf Wochen eines harten Lockdowns haben, keine Perspektive aufzeigen können, auf die wir gemeinsam hinarbeiten, dann werden die Menschen nicht mehr für alle Ewigkeit bereit sein, diese Maßnahmen zu tragen.

Ich war dieser Tage viel mit Einzelhändlern im Gespräch. Ich war viel mit Menschen im Gespräch, die vom Shutdown unmittelbar betroffen sind, insbesondere auch aus der Gastronomie. Die sind bisher bereit, das Ganze sehr solidarisch mitzutragen, und dazu gehört insbesondere, dass auch die finanziellen Hilfen effektiv und schnell kommen. Die sind jetzt dankenswerterweise nachgebessert worden, und das ist auch richtig so. Aber es geht hier nicht nur um die Ebene der Finanzen, es geht auch darum, ob unsere Gesellschaft zusammenhält. Deswegen, Herr Ministerpräsident:

(Zuruf)

Wenn wir hier seit Monaten eine Strategie einfordern, die definiert, bei welchen Größen, bei welchen Zahlen, bei welcher Entwicklung der Inzidenzen wir welche Öffnungsschritte machen, dann haben Sie das immer mit dem Argument abgetan, das könne man nicht. Ich bin sehr froh, dass im Bund-Länder-Beschluss steht, und zwar gleich unter Ziffer 1, dass eine Arbeitsgruppe auf der Ebene des Chefs des Bundeskanzleramts und der Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien beauftragt

(Andreas Stoch)

wird, ein Konzept für eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie zu erarbeiten. Das ist das, was wir seit Monaten sagen. Wenn Sie den Menschen Beschränkungen zumuten, müssen Sie den Menschen auch erklären, wann und unter welchen Umständen Sie welche Beschränkungen auch wieder zurücknehmen. Sonst haben die das Gefühl, in einen Tunnel zu fahren, der immer nur tiefer wird und wo kein Licht am Ende des Tunnels ist.

(Beifall)

Wenn ich eine solche Strategie fordere, Herr Ministerpräsident, dann ist das keine Zauberei, und Sie dürfen das auch nicht mit einer Prophezeiung verwechseln. Darum geht es eben nicht. Es geht um nachvollziehbare Kausalitäten. Wenn sich die Infektionszahlen in die eine oder andere Richtung entwickeln, muss ich daran Maßnahmen, aber auch die Aufhebung von Maßnahmen knüpfen. Deswegen, glaube ich, braucht dieses Land dringender denn je eine Perspektive. Ein Kommentator im SPIEGEL hat es dieser Tage ein „Hoffnungskonstrukt“ genannt. Wir werden in Kombination mit der Hoffnung auf ein baldiges, schnelleres Impfen die Menschen nur dann über die nächsten schwierigen Wochen und Monate bringen, wenn wir ihnen eine konkrete Aussicht auf Besserung, auf ein Hoffnungskonstrukt geben. Darum geht es an dieser Stelle. Das fordern wir auch von dieser Landesregierung.

Es braucht nicht nur die Sätze, man könne doch nicht wissen, was nächste Woche passiert. Wir brauchen Perspektiven, wie sich dieses Land nach der Pandemie entwickelt.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, Sie sprechen für die AfD.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das, was wir heute Morgen alles gehört haben, waren mehr oder weniger gleichlautende Statements zu den Beschlüssen und den aktuellen Bedingungen in der Coronakrise. Sie werden sich nicht wundern, dass die AfD hier natürlich einen völlig anderen Ansatz hat.

Eigentlich dachte ich, dass Sie – vor allem die Regierungsfaktionen – sich nicht trauen, heute Morgen hier über das Thema Impfungen zu sprechen. Denn über das Thema Impfungen habe ich hier schon vor 14 Tagen gesprochen und habe Ihnen Ihr Generalversagen mit der Abgabe der Verantwortung an die EU für die Verteilung des Impfstoffs vorgehalten.

(Zuruf)

Das halten wir Ihnen nach wie vor vor, denn Sie haben da in einem entscheidenden Punkt – Sie sind nämlich für die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung in Deutschland verantwortlich – versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Zur Impfung insgesamt haben wir hier Begriffe wie „Windhundrennen“ oder „Impf-Bundesliga“ gehört. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Sie machen hier vielleicht ein Schnecken-

rennen, und wenn Sie das derzeitige Tempo beibehalten, werden Sie es in acht Jahren tatsächlich geschafft haben – das ist auch wieder so ein Rechenbeispiel –, die Bevölkerung von Baden-Württemberg geimpft zu haben. Aber acht Jahre lang macht die Bevölkerung Ihr Spiel hier nicht mehr mit, meine Damen und Herren. Das erkennen Sie an vielen Äußerungen. Selbst die Medien sind im Moment dabei, mehr oder weniger kritisch zu hinterfragen. Das haben sie in den ersten zwei Jahren versäumt, was ich ihnen auch an dieser Stelle vorhalten muss.

Herr Reinhart, wenn Sie Herrn Baron vorwerfen, er bleibe hier mit einer Frage deutlich unter seinen Möglichkeiten, dann sage ich Ihnen: Sie haben es bei der Bekämpfung von Corona bereits aufgegeben, überhaupt an Ihre Möglichkeiten zu glauben.

(Beifall)

Deshalb wird es Sie auch nicht wundern, dass wir, die AfD, Sie auffordern, Ihre unsägliche Coronapolitik sofort zu beenden.

(Beifall – Unruhe)

Es darf doch nicht sein, dass der aus unserer Sicht ohne parlamentarisch-demokratische Legitimation eingeführte Lockdown aufrechterhalten und noch verschärft wird, meine Damen und Herren. Die wissenschaftlich erhobenen Zahlen haben bewiesen, dass der Lockdown den verletzlichen Gruppen in unserer Gesellschaft keinen Schutz bietet. Durch Ihre Maßnahmen werden nachfolgende Generationen mit kaum rückzahlbaren Schulden belastet und werden ganze Wirtschaftszweige irreparabel beschädigt. Da kann man, Herr Reinhart, auch keine Unterscheidung zwischen Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel und Industrie vornehmen. Sie dürfen doch nicht priorisieren: Wer steht vor dem Exodus, und wer darf weiterarbeiten? Wer hat eine Zukunft, und wer hat keine? Das geht in diesem Bereich mit Sicherheit nicht.

(Beifall)

Sie greifen unverhältnismäßig und willkürlich in die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger in unserem Land ein.

Das ist Ihre Coronastrategie – wenn man in diesem Zusammenhang überhaupt den Begriff „Strategie“ in den Mund nehmen will –, das sind Ihre langfristigen Konzepte – wenn man in diesem Zusammenhang überhaupt die Worte „langfristige Konzepte“ in den Mund nehmen will; wir sehen nämlich keine. Das ist absolut inakzeptabel.

Die zukünftigen Maßnahmen der Coronabekämpfung bedürfen doch einer parlamentarisch-demokratischen Legitimation, meine Damen und Herren. Bei Ihrer Corona-Experimentpolitik fehlen die Ausgewogenheit und das Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Gesundheitsschutz, der Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte, der Lebensqualität der Bürger und der wirtschaftlichen Stabilität. Das fehlt in Ihrem Wirken komplett.

(Beifall)

Sie favorisieren einzelne Artikel des Grundgesetzes. Sie entscheiden in einem nicht legitimierten Gremium darüber, wel-

(Bernd Gögel)

che Grundgesetzartikel aktuell Gültigkeit haben und welche nicht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Willkür!)

Meine Damen und Herren, unsere Grundrechte sind nicht verhandelbar.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Bravo!)

Diese stehen allen Bürgern unseres Landes zu.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Gögel, Moment bitte. – Herr Abg. Dr. Balzer, Sie wissen ganz genau, dass hier keine „Demonstrationen“ hochgehalten werden dürfen.

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ich habe es schon wieder runter! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, wir haben es verstanden!)

– Ja, aber sofort!

(Zurufe)

Herr Abg. Gögel, fahren Sie bitte fort.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: So, wie es keine Bürger erster oder zweiter Klasse gibt, gibt es auch keine Grundrechte erster oder zweiter Klasse – auch nicht für Geimpfte oder nicht Geimpfte, meine Damen und Herren.

(Zuruf: So ist es!)

Denn diese Diskussion brandet so ganz langsam auf. Da kann man eigentlich fast froh sein, dass die Impfungen noch im Schnecken tempo erfolgen. Sonst wäre die Diskussion schon viel weiter. Wenn heute schon Urlaubsparadiese wie Griechenland für einen europäischen Impfpass sind und der Herr Außenminister dafür plädiert, dass Geimpfte Sonderrechte bekommen sollen, sage ich: Ich warne vor dieser Debatte. Deshalb: Heben Sie Ihre Lockdown-Maßnahmen auf! Gewähren Sie allen Bürgern ihre Grundrechte!

(Beifall)

Herr Ministerpräsident, was denken Sie, welche Antworten wir zu erwarten hätten, wenn Sie heute eine Umfrage zur Frage „Freiheit oder Gesundheit?“ starten würden?

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir, die AfD, und mit uns sicherlich eine große Mehrheit in der Bevölkerung würden die Freiheit wählen.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl! Genau so ist es!)

Ein Mensch, der in Unfreiheit lebt, kann niemals seine Gesundheit genießen – weder körperlich noch geistig.

(Zuruf: So ist es!)

Meine Damen und Herren, hinter Gittern schmeckt der Honig bitter.

(Beifall – Zurufe)

Am 17. Januar hat die „Berliner Zeitung“ eine Umfrage zur Frage veröffentlicht: „Was meinen Sie: Leisten die Bundesregierung und der Senat in der Krise gute Arbeit?“ 94 % der Anrufer haben das Krisenmanagement der Regierung hinsichtlich der Pandemiebekämpfung und der Dauer des Lockdowns kritisiert.

(Zurufe)

Wir sind davon überzeugt, dass in Baden-Württemberg ein vergleichbares Ergebnis zu erwarten wäre, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Am 22. März 2020, also knapp zwei Monate nach dem ersten nachgewiesenen Fall, bei dem das SARS-CoV-2-Virus auf deutschem Boden auftrat, einigten sich Bund und Länder auf erste Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus. Seit diesem Zeitpunkt hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine handfeste Krise entwickelt, ausgelöst durch Ihre gravierenden politischen Fehlentscheidungen. Die einzige erkennbare Strategie der politischen Verantwortungsträger besteht in einer Aneinanderreihung von Lockdowns, deren Wirksamkeit in der Wissenschaft

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ausgangssperren!)

immer umstrittener ist. Auch in anderen Ländern, auch in Europa, sehen und erkennen Sie, dass eine Aneinanderreihung von Lockdowns nicht zielführend ist. Sie wollen Inzidenzzahlen senken. Sie senken diese, Sie öffnen, und was kommt dann? Dann kommt die dritte Welle, gefolgt von einem neuen Lockdown, dann kommt die vierte Welle. Das werden Wirtschaft, Gesellschaft und unser Land nicht überstehen.

Diese ohne wissenschaftliche Evidenz verordneten Maßnahmen unterstreichen einzig und allein Ihre Hilflosigkeit, Ihren Aktionismus zusammen mit der Kanzlerin und Ihre Unfähigkeit zur seriösen Fehleranalyse.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Gögel, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Ich habe Schwierigkeiten mit der Zeit. Die Uhr ist schon vorhin bei der Unterbrechung weitergelaufen. Wenn ich später noch Zeit habe, gern.

Von einem wirksamen Gesundheitsschutz kann hier also nicht die Rede sein.

Kommen wir nun zu Ihren neuen Coronabeschlüssen, die heute dem Parlament einfach zur Kenntnis gegeben und mit Ihrer Regierungsmehrheit dann auch bestätigt werden, frei nach dem Motto: Der Familienvater kauft ein Auto, und zwei Tage später unterhält er sich mit der Familie über die Ausstattung.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es!)

Ungefähr so kommt man sich hier im Parlament vor –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt doch nicht! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Showpolitik!)

(Bernd Gögel)

keine demokratischen Verhältnisse, keine Logik, kein Sinn.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Die erste Entscheidung, die Sie getroffen haben, ist die Verlängerung des Lockdowns bis zum 14. Februar. Bei dem ersten Lockdown im vergangenen Jahr haben Sie sich allein am R-Faktor orientiert,

(Unruhe)

obwohl er bei der Ankündigung des ersten Lockdowns bereits unter dem von Ihnen gewünschten Wert von 1,0 lag.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Beim aktuellen Lockdown geht es nicht mehr um den R-Faktor, sondern um einen Sieben-Tage-Inzidenzwert von maximal 50 positiv Getesteten pro 100 000 Einwohner. Woher kommt diese Zahl? Diese Zahl ergibt sich aus den Möglichkeiten der Nachverfolgung bei den Gesundheitsämtern. Und dann hört Ihre Argumentation auf; Sie verschweigen einiges.

(Abg. Anton Baron AfD: Dunkelziffern!)

Diese Zahl basiert auf einer nicht ausreichenden technischen und personellen Ausstattung der Gesundheitsämter.

Bei der Technik befinden sich die Gesundheitsämter in diesem Bereich auf dem Niveau von Dritte-Welt-Staaten, meine Damen und Herren. Die Ämter sind nicht untereinander vernetzt, arbeiten noch mit Telefax und Festnetztelefonie und höchstwahrscheinlich noch mit Excel-Tabellen, die von Hand ausgefüllt werden. Hier sind wir meilenweit – meilenweit! – von einer funktionierenden Digitalisierung entfernt.

Sie hätten ein Jahr Zeit gehabt, um die Situation zu verbessern. Ich halte Ihnen nicht vor, dass Sie in den letzten 20 Jahren hier nichts unternommen hätten. Aber nach dem ersten Lockdown, nach der ersten Katastrophe, die Sie mit verursacht haben, haben Sie weder im Kulturbereich noch im Gesundheitswesen – bei den Schulen und den Gesundheitsämtern – etwas unternommen und müssen auf den Wert von 50 herunterfahren, weil Sie das Geschehen andernfalls nicht nachverfolgen können. Auf dieser Grundlage haben Sie einer Verlängerung des Lockdowns zugestimmt und haben Sie dies beschlossen – trotz sinkender Inzidenzzahlen, trotz nicht überlasteter Krankenhäuser.

Apropos Krankenhäuser: Sie sollten hier im Parlament und draußen bei den Bürgern vielleicht immer wieder mal erwähnen, dass Sie in den letzten zehn Jahren – unter Ihrer Regierung, Herr Kretschmann – 30 Krankenhäuser in Baden-Württemberg geschlossen haben,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

und zwar vorwiegend im ländlichen Raum.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Das sollten Sie der Wahrheit halber auch einmal dazusagen, warum wir hier vielleicht eine Unterdeckung bei den Kapazitäten haben. Hier kann man wohl auch von einem weiteren Versagen in der Daseinsvorsorge sprechen.

Die zweite Entscheidung, die Sie getroffen haben, betrifft Kitas und Schulen. Damit haben sich meine Vorredner, die als Lehrer aus diesem Fachbereich kommen, schon ausgiebig befasst. Auch diese Einrichtungen sollen bis zum 14. Februar geschlossen bleiben.

Was wir Ihnen ankreiden: Sie lassen völlig außer Acht, dass die Kinder und Jugendlichen, die überforderten Eltern und auch die Lehrer leiden. Letztere verfügen übrigens noch nicht über eine einheitliche Lernplattform, geschweige denn über ausreichende Internetverbindungen, um einen reibungslosen Unterricht oder Fernunterricht durchführen zu können.

Über diese Versäumnisse haben wir hier seit – – Wir sind jetzt seit fünf Jahren im Parlament vertreten. Ich habe immer wieder ein Déjà-vu. Wir reden immer wieder im Kreis. Hoffentlich reden wir nicht noch einmal fünf Jahre im Kreis. Auch hier kaschieren Sie Ihr Versagen im Bereich der Digitalisierung. Sie vernachlässigen Ihren Bildungsauftrag, und – das ist das Schlimmste – Sie nehmen bei diesen Kindern Spätfolgen billigend in Kauf, meine Damen und Herren.

Die dritte Entscheidung, die Sie getroffen haben, ist eine Homeoffice-Pflicht. Wenn Präsenz am Arbeitsplatz erforderlich ist, müssen die Arbeitgeber künftig erst mal medizinische Masken zur Verfügung stellen. Das wird noch das kleinere Problem sein. Aber die Arbeitgeber müssen jetzt auch Rechenschaft gegenüber der Regierung ablegen und begründen, warum sie ihren Arbeitnehmer nicht ins Homeoffice schicken können. Wir, die AfD, können uns dieses Bürokratiemonster, das Sie damit schaffen wollen, beim besten Willen nicht vorstellen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Gewerkschaften und Arbeitgeber lehnen Ihre Homeoffice-Pflicht für Baden-Württemberg ab. Eine solche Regelung sieht der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbunds im Südwesten, Martin Kunzmann, für viele Beschäftigte als kontraproduktiv an. Er sagte der dpa am Montag in Stuttgart – ich zitiere –:

*Man darf nicht vergessen, dass nicht alle Beschäftigten problemlos von zu Hause aus arbeiten können, entweder weil sie keinen geeigneten Arbeitsplatz oder*

– jetzt kommt es wieder –

*Internetzugang haben ...*

Da kommt wieder die Frage an Sie: Erinnern Sie sich an die jahrelangen Diskussionen über Ihre Versäumnisse bei der Digitalisierung? Das Homeoffice stellt für viele Unternehmen nicht nur eine finanzielle und organisatorische, sondern auch eine Datensicherheitstechnische Belastung dar. Diese Probleme müssten Sie doch aus Ihren eigenen Verwaltungsbehörden bestens kennen.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun zum Kernthema Ihrer orientierungslosen Coronapolitik, zur Mund-Nasen-Schutzbedeckung. Zuvor möchte ich aber mit einem kleinen Irrtum – vielleicht auch in der dpa-Meldung von heute Morgen – aufräumen. Hier im Plenarsaal gibt es am Platz keine Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! Das sagen Sie mal Herrn Sänze!)



(Bernd Gögel)

Zu Beginn der Pandemie haben Sie den Bürgern erklärt, die Bedeckung von Mund und Nase bringe nichts, Frau Razavi.

(Vereinzelt Lachen und Beifall)

Das haben Sie zu Beginn der Pandemie den Menschen erklärt – vielleicht nicht Sie persönlich, aber Ihre Partei mit Sicherheit.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Der Hintergrund Ihrer Aussage war allerdings ein völlig anderer. Sie kaschierten schon damals die fehlende Bevorratung von Masken und allen anderen Schutzausrüstungsgegenständen in einem Pandemiefall.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Noch im März hat Bundesgesundheitsminister Spahn ein eilig gestricktes Vertragskonstrukt im Open-House-Verfahren zur Beschaffung von Schutzausrüstung auf den Weg gebracht. Vertragspartner wurde jeder Lieferant, der in der Lage war, bis zum 30. April mindestens 25 000 Masken zu liefern.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Er war wahrscheinlich völlig platt vom Ergebnis. Erstaunlicherweise waren 700 Lieferanten in der Lage, diese Bedingungen zu erfüllen. Allerdings sitzt ein Großteil dieser Lieferanten jetzt auf diesen Masken, die sie einlagern mussten, weil sie das Gesundheitsministerium nicht übernimmt. Die Lieferanten warten nach einem Jahr noch immer auf die Bezahlung dieser Masken.

Meine Damen und Herren, hat Ihr neuerlicher Beschluss zum verpflichtenden Tragen medizinischer Masken – in Bayern sind es sogar FFP2-Masken – vielleicht indirekt mit Ihrem erneuten Versagen in der Logistik zu tun?

(Beifall)

Aus medizinischer Sicht bieten die OP- und die FFP2-Mund-Nasen-Schutzmasken keinen Schutz vor einer viralen Ansteckung.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Genau!)

Die FFP2-Masken sind laut Aussage des Geschäftsführers der DEKRA ungeeignet. Ich zitiere:

*Die Maske ist für den Einsatz, wenn sie deklariert ist als FFP2-Maske oder als KN95-Maske, völlig ungeeignet.*

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!  
– Zuruf: So ist es!)

Meine Damen und Herren, das Robert Koch-Institut hat empfohlen, dass die Nutzung von FFP2-Masken insbesondere durch Personen, die zu einer Risikogruppe gehören, grundsätzlich nur nach individueller Rücksprache mit einem oder nach individueller Beratung durch einen Arzt erfolgen sollte.

Außerdem sollten die FFP2-Masken grundsätzlich nicht mehrfach verwendet werden, da es sich in der Regel um Einmalprodukte handelt. Deshalb haben wir, die AfD, von Anfang an gefordert, den Risikogruppen, den älteren Menschen zertifi-

zierte FFP3-Masken zur Verfügung zu stellen, wenn Sie sie schützen wollen, und dies auch kostenlos.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: FFP5, würde ich sagen! – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD: FFP100!)

Diese Masken hat die Landesregierung nicht angefordert, sondern noch bis vor Kurzem Schals und selbst gebastelte Läppchen favorisiert. Jetzt hat die Regierung das verpflichtende Tragen von OP- bzw. FFP2-Masken im ÖPNV und im Einzelhandel angeordnet, obwohl sie nicht vor viraler Ansteckung schützen und nur zu horrenden Preisen zu erwerben sind. Das ist eine Zumutung für die Familien, denn eine vierköpfige Familie soll dafür 300 bis 400 € im Monat aufwenden.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion vor. Dieser Antrag fordert einen kompletten Strategiewechsel in der Coronabekämpfungspolitik. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen, um eine Umkehr in dieser Politik tatsächlich zu erreichen.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]:  
Frau Präsident, wo ist die Maske?)

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Freiheit, Grundrechte, Föderalismus, Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

und Subsidiarität sind das Fundament unseres Denkens und Handelns in der AfD. Davon könnten Sie einige Punkte übernehmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie hatten sich zu Wort gemeldet.

(Oh-Rufe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Demokratie ist schwer, gell? – Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Frau Präsident, warum tragen Sie keine Maske? Das ist doch hier eigentlich in Ihrer Partei gang und gäbe.

Zuerst möchte ich darauf hinweisen: Wer meine Arbeit verfolgen will, sei auf den Telegram-Kanal verwiesen. Da können Sie auch bessere, alternative Dinge sehen.

(Zurufe, u. a.: Keine Werbung! – Werbestunde!)

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen: Ich bin niedergelassener Onkologe in neuer Praxis. Ich bekomme laufend Anrufe von geplagten Menschen, die gern ein Maskenattest hätten. Ich stelle keine Atteste für fremde Patienten aus. Die schwerstkranken Patienten, die bei mir in Betreuung sind, bekommen alle die Versorgung, die sie brauchen.

Wer ein Maskenattest braucht, soll sich an seinen Hausarzt oder an einen Facharzt wenden. Wenn dieser Sie aus Angst nicht behandelt,

(Zurufe)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

sollten Sie den Hausarzt wechseln. Es kommt nämlich immer wieder vor und ist auch noch ein großes Problem in diesen Tagen, dass Gegner dieser Politik mittelbar und unmittelbar quasi kriminalisiert werden. Man schickt Lockvögel in die Praxen, die so tun, als hätten sie irgendwelche Beschwerden, um Ärzte dazu zu bringen, ein Attest auszustellen. Dann kommen irgendwann mal die Ärztekammer, die Kassenärztliche Vereinigung, und irgendwann kommt die Polizei und räumt die Praxis aus.

So ist die Atmosphäre in einem mittlerweile in den Faschismus abgeglittenen Land.

(Zurufe, u. a.: Jetzt aber vorsichtig!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie bekommen wiederum eine Rüge für diese Begrifflichkeiten.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Halten Sie bitte die Zeit an.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das war eine Rüge.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ja, Sie halten bitte die Zeit an für Ihre Zwischenbemerkung.

Der Faschismus kommt immer aus der gesellschaftlichen Mitte,

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

niemals vom Rand. So ist das nun einmal. Sonst wäre er nicht tragfähig.

Wir sehen ja am Thema Maske, was der Kommunist, der Wahlbetrüger Joe Biden als Allererstes gemacht hat: Er hat die Maskenpflicht in allen öffentlichen Gebäuden eingeführt. Das ist einfach – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Würden Sie es bitte unterlassen, ausländische Staatsleute in der westlichen Welt als Wahlbetrüger zu bezeichnen.

(Beifall)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, würden Sie es bitte unterlassen, mich zu zensieren. Wenn hier in der – –

(Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Würden Sie es bitte unterlassen, mir Zensur zu unterstellen, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Beifall – Vereinzelt Lachen)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Wenn hier in diesem Plenarsaal dauernd über Präsident Trump hergezogen wurde, so war dies für Sie keine Silbe wert. Wenn ich jetzt über diesen Wahlbetrüger rede, sehen Sie sich veranlasst, mir eine sogenannte Rüge auszusprechen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Sie unterstellen dem Präsidenten der USA nicht Wahlbetrug, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich unterstelle nicht, ich stelle fest.

(Zurufe)

Die Regierung agiert mit Angst. Angst ist das Instrument, mit dem Sie die Menschen hinter eine Maske zwingen.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte!  
Was für ein Hirn!)

Die Maske ist ja eigentlich der Hitlergruß unserer Tage. Wer sie nicht aufsetzt – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist jetzt um.

(Große Unruhe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Wer sie nicht aufsetzt – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Hören Sie auf mit diesen Provokationen!

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Meine Redezeit ist noch nicht um. Frau Präsident, meine Redezeit – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Doch. Ihre Zeit ist jetzt um, wenn Sie eine Provokation an die andere reihen. Ihre Redezeit ist beendet.

(Anhaltende große Unruhe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Die Tatsache, dass Sie hier in schierer Willkür Ihr Amt ausüben,

(Zurufe, u. a.: Hören Sie auf!)

ist eine Schande, und das zeigt, in welchem Zustand dieses Parlament mittlerweile angekommen ist.

Die Maske ist ein skurriles Symbol des Staates.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Sie nehmen jetzt Ihren Platz wieder ein, Herr Abg. Dr. Fiechtner. Wir drehen jetzt das Mikrofon ab.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Unfassbar! Das Verfassungsgericht muss sich Ihrer annehmen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auf Wiedersehen! – Weitere Zurufe, u. a.: Abtreten! – Abmarsch!)

Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie sind der nächste Redner.

(Zuruf: Jetzt kommt der Nächste! – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sind die, die sich gegenseitig diese gefakten Atteste ausstellen!)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Also, man lernt hier nie aus. Lukaschenko ist ja auch ein Staatsoberhaupt; den darf man des Wahlbetrugs bezichtigen, aber Biden nicht. Sie müssen sich schon entscheiden: entweder ... oder.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte!)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Corona ist heute das Thema. Das ist erst einmal ein geistiges Problem der Gesellschaft, in zweiter Linie ein politisches und erst in dritter Linie ein medizinisches. „Gesundheit first“, hat uns heute Herr Schwarz erklärt – in gutem Deutsch. Bei dieser Sicht der Dinge, meine Damen und Herren, ist jeder Freiheitskrieg der Geschichte ein Skandal, denn dort haben Tausende und Aber-tausende von jungen Menschen nicht nur ihre Gesundheit, sondern ihr Leben geopfert. Aber das entspricht genau dem Geist dieser Gesellschaft: „Gesundheit first!“

Ich denke hier an Nietzsche, „Also sprach Zarathustra“:

*„Wir haben das Glück erfunden“ – sagen die letzten Menschen und blinzeln.*

Heute würden sie noch dazusagen: „Wir haben das Glück erfunden – wir werden geimpft, hui!“

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Meine Damen und Herren, man weiß nichts – aber am laufenden Band Maßnahmen, deren Richtigkeit unbewiesen ist. Sechs Leute aus zwei Familien, fünf aus einer, drei aus keiner – also, das hat mit Wissenschaft nichts zu tun, das ist nicht einmal rational. Das ist einfach Unsinn.

(Vereinzelt Beifall)

Was den Erfolg Ihrer Maßnahmen anbelangt, Herr Kretschmann: Die Sieben-Tage-Inzidenz lag bei 111, als die ganze Sache anfang – Ende Oktober –, und gestern, am 20. Januar, lag sie bei 124. Wo ist denn da der Erfolg? Sie sagen natürlich: „Ja, sonst hätten wir noch mehr.“ Das können Sie sagen, aber das ist ein Glaube, das ist nicht bewiesen. Das ist alles Aktionismus auf der Basis eines Glaubens, ja.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
Ja!)

Das wird dadurch gefördert, dass man den Gegner umso mehr diabolisiert – als „Covidioten“ oder sonst etwas – und dass man das Ganze mit drakonischen Strafen und drastischen, ja totalitären Maßnahmen durchsetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will einmal drei Beispiele nennen. Erstens: Polizeihubschrauber suchen im Wald nach Jugendlichen, die sich dort treffen. Polizeihubschrauber gegen Jugendliche!

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Zweites Beispiel: Polizeieinsätze gegen Eltern, die mit ihren Kindern an einem schönen Wintertag rodeln.

(Zurufe)

Drittes Beispiel, Hameln: Ein Kindergeburtstag wird von der Polizei gestürmt. Die Kinder verstecken sich im Schrank, die Mutter im Bad. Die Kinder werden wie beim „Wolf und den sieben Geißlein“ von der Polizei aus dem Schrank gezogen. Herr Kretschmann, wollen Sie uns sagen, das sei Demokratie? Wägen Sie wirklich, das noch Demokratie zu nennen? Das ist ein Polizeistaat, nichts anderes.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Meine Damen und Herren, Corona ist schlimm genug; das wollen wir nicht bestreiten. Aber es ist kein Monstervirus, es ist nicht Ebola und nicht die Pest. Da muss ein Unterschied sein.

Nie und nimmer wird dadurch gerechtfertigt, dass hier der Mittelstand ruiniert wird. Drei von vier Hotels stehen vor der Pleite. Nie und nimmer ist die Liquidierung der Grundrechte durch so etwas zu legitimieren, meine Damen und Herren, und sind es schon gar nicht die zahlreichen psychischen und sonstigen sozialen Schäden, die wir erleiden. Politisches Problem ist –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Ja, letzter Satz. – Das ist primär ein politisches Problem. Deswegen werden wir Corona erst loswerden, wird Corona erst verschwinden, wenn diese Politik von Frau Merkel mit ihrem totalen schwarz-rot-grünen Anhang verschwunden ist.

Danke schön.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster hat Herr Minister Lucha das Wort.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! An den Herrn Ministerpräsidenten sind in Ihren Beiträgen einige Fragen gestellt worden, die ich gern noch präzisieren und aufkläre. Lassen Sie mich zwei Bemerkungen vorweg machen.

Wir hatten am 23. Dezember in Baden-Württemberg eine Inzidenz von 204; wir haben heute eine Inzidenz von 98. Wir lagen über dem Bundesdurchschnitt, hatten also eine höhere Inzidenz als der Bundesdurchschnitt. Das hat sich gedreht.

(Beifall)

Wir haben viele detaillierte Maßnahmen ergriffen, aber der größte Schlüssel war die Ausgangsbeschränkung ab 20 Uhr. Wir haben in dieser Pandemie deutschlandweit ein Dilemma: Wir hatten im Lockdown 1, der ja sehr erfolgreich war – Sie haben darauf hingewiesen –, eine um 40 % niedrigere Mobilität als im jetzigen Lockdown.

Deswegen ist das, was jetzt beschlossen wird – dass wir bis Mitte Februar an diesen Beschränkungen der Mobilität festhalten –, das A und O.

(Zuruf)

Keine Protektionsstrategie dieser Welt schützt Sie – schauen Sie nach Tübingen; am Schluss hatten wir das Virus drin –, wenn wir nicht in der Gesamtbevölkerung die diffuse Ausbreitung eingrenzen. Das können wir nur deutlich unter einem Inzidenzwert von 50.

(Beifall – Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

(Minister Manfred Lucha)

Jetzt darf ich in aller Knappheit und Kürze die aufgeworfenen Fragen beantworten.

Kollege Hinderer sprach von über 330 000 Dosen. Vermutlich hat er die Lieferung vom 18. schon hinzugerechnet. Der Stand der BioNTech-Lieferung bis einschließlich des Verimpfungskorridors heute war: 275 000 gelieferte Dosen. Davon sind 137 500 für die Erstimpfung freigegeben. Davon wiederum sind – Stand gestern; da sind die heutigen Daten noch nicht berücksichtigt – 135 000 verimpft. Ich würde sagen: Punktlandung, meine Damen und Herren.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie viele Tote gibt es denn? Wie viele sind schon gestorben nach der Impfung? Sagen Sie das mal! Wie viele haben schwerste Reaktionen? Sagen Sie das mal! – Oh-Rufe – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Ich glaube, ich fahre fort.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Christina Baum AfD: Die Frage muss beantwortet werden!)

Wir haben in Baden-Württemberg mittlerweile knapp acht – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Entschuldigung noch mal, Herr Minister. Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hinderer zu?

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Gern.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wie viele Tote gibt es? – Oh-Rufe – Weitere Zurufe, u. a.: Mensch!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Es ist jetzt drei Mal im Protokoll notiert. Dann reicht es auch.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist wunderbar! Aber ich hätte gern eine Antwort!)

Herr Abg. Hinderer hat das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Vielen Dank, Herr Minister, für das Zulassen der Frage. – Ich versuche es einmal ganz gutlich. Sie haben ja vorhin mit Hochdruck recherchiert, wie die Zahlen zustande kommen. Ich habe Ihnen kollegial auch die Quelle zugeschickt. Ich glaube, Sie streiten nicht ab, dass es eine seriöse Quelle ist. Ich habe auch festgestellt, dass in meinen Zahlen die von vorgestern gelieferten Zahlen wahrscheinlich enthalten sind – in Ihren Zahlen noch nicht.

Jetzt räume ich ein, dass die Dosen, die vorgestern geliefert worden sind, heute vielleicht tatsächlich noch nicht verimpft werden konnten. Trotzdem – reduzieren wir das Delta von 50 000 auf 30 000 oder auf 20 000 –: Es würde ausreichen, wenn man die Impfstrategie noch einmal dahin gehend nachjustiert und sagt, wir priorisieren jetzt wirklich, dass man annähernd das gesamte Personal auf den Intensivstationen durchimpft.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Dazu komme ich noch.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Das würde ich gern von Ihnen erwarten.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Herr Hinderer, Sie haben – – Danke, aber ich wäre noch darauf gekommen. Das hat sich in der Frage Ihres Fraktionsvorsitzenden Stoch wiedergefunden.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Gut!)

– Klar? – Aber noch einmal: Es gibt kein Delta. Wir haben heute kommissioniert. Die Lieferung vom 18. kommt im Zentrallager an, wird in Dosen kommissioniert, in sogenannten Pizzaschachteln à 1 170 Dosen. Diesbezüglich beantworte ich später auch noch die Frage des Abg. Gruber.

Also: Wir haben punktgenau verimpft, meine Damen und Herren – punktgenau. Es gibt keine Diskrepanz. Wir haben ganz bewusst 50 % zurückgehalten. Zehn von 16 Ländern müssen ihre weitere Vorgehensweise jetzt komplett korrigieren – Baden-Württemberg null. Wir haben die höchste Quote von Zweitimpfungen.

(Beifall)

Ich beantworte nun die Frage des Abg. Gruber. Lieber Herr Gruber, es stimmt: Wir haben uns mit den Kreisimpfzentren und den zentralen Impfzentren verständigt, dass wir jedem Kreisimpfzentrum 1 170 Dosen in der Lieferung konsequent und kontinuierlich zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Die sechs einwohnerstärksten Kreise verfügen über zwei Kreisimpfzentren. Kreise wie der Rems-Murr-Kreis entlang des Ballungsgebiets, wo zwei starke zentrale Impfzentren sind, partizipieren, wie andere Kreise auch, in besonderer Weise von den Aktivitäten der zentralen Impfzentren, die – jetzt kommt es, Herr Hinderer; das war auch die Frage des Kollegen Stoch – die Impfung des priorisierten und berechtigten Personals vornehmen.

Wir haben derzeit in unseren Kliniken nach der Priorisierung der Ständigen Impfkommission, der Leopoldina und des Ethikrats 10 %. Sie wissen, generell haben wir in Baden-Württemberg eine Million Berechtigte in der Priorisierungsgruppe 1. Die über 80-Jährigen wurden dort in besonderer Weise herausgehoben. Darum haben wir diese auch so verstärkt erreicht; da haben wir bundesweit die höchste Quote. Jetzt kommen die 10 % in den Kliniken. Wir werden jetzt mit den Impfungen in Absprache mit den Kreisimpfzentren und dem zentralen Impfzentrum diesen Personenkreis – zumal es gerade auch noch so kontingentiert ist – in besonderer Weise ins Auge fassen, damit dieser Personenkreis dann geimpft wird.

Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, ich habe den Kliniken dieses Vorgehen erläutert – der BWKG, jedem einzelnen Mitarbeiter. Es gab und gibt von uns, sobald wir ausreichend Impfstoff haben, die Zusage, dass in Kliniken auch direkt verimpft werden kann. Derzeit ist das logistisch vom Aufwand und von der Größenordnung her nicht darstellbar. Aber es gibt Sonderslots für die Mitarbeiter aus dem medizinischen Betrieb.

(Beifall)



(Minister Manfred Lucha)

Nun noch zur Frage des Abg. Haußmann: Die Hochleistungskühlboxen werden gerade ausgeliefert. Ich selbst habe noch einmal persönlich mit Herrn B. gesprochen – das ist ja ein baden-württembergisches Unternehmen –: Derzeit sind die zertifizierten Kühlboxen, bei denen wir den Betrieb nochmals überprüft haben – – Es gab in Bayern ein Problem mit den Thermostaten; das haben wir ausgeschlossen. Die Lagerfähigkeit beträgt zwei Wochen, aber der Impfstoff, der verimpft wird, darf nicht länger als maximal eineinhalb Wochen liegen, sodass wir derzeit bei den geringen Mengen diese Mengen abbilden können.

Darüber hinaus haben wir in dieser Woche in Absprache mit den Kassen Folgendes beschlossen: Es gibt jetzt mit den gesetzlichen Krankenkassen die Verständigung, dass wir immobile Patienten, die ein Merkmal haben, zum Impfen transportieren, und zwar als Kassenleistung. Das ist natürlich immer abhängig von der verfügbaren Impfstoffmenge. Sie wissen, dass uns BioNTech jetzt die Möglichkeit gibt, mobiler zu sein; die Bestimmungen wurden gelockert. Sobald wir mehr Menge haben, sobald wir in den Pflegeheimen durchgeimpft haben, ist das dann der nächste Personenkreis, den wir priorisiert angehen werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zum Thema Testen sagen: Es war die Initiative Baden-Württembergs, dies in die Testverordnung des Bundes aufzunehmen; es geht um die Beauftragung von Dritten, beispielsweise auch – Kollegin Eisenmann – bei Clustertestungen, die dann im Schulbereich gemeinsam durchgeführt werden sollen. Apotheken und Zahnärzte als vom ÖGD beauftragte Dritte können dies also nun umsetzen, und das ist ein großer Erfolg.

Wir arbeiten gerade noch daran, dass die Selbsttestung genehmigt wird; derzeit ist dies auf der Ebene des Bundesgesundheitsministeriums noch nicht der Fall, deswegen können wir dies derzeit nur drei Mal 48 Stunden lang in den stationären Einrichtungen anbieten. Da sind wir bundesweit führend – vor allen anderen Ländern. Wir haben schon in einem Atemzug mit dem Bund eine Taskforce gegründet zu der Frage, wie wir Kollegen aus der Blaulichtfamilie, auch gestützt auf unsere Erfahrungen bei der Weihnachtsaktion, unterstützen.

Sie sehen also, wir sind ganz konzentriert und mit einem guten Fahrplan unterwegs, und wir haben – um noch einmal auf die Impfmenge zu sprechen zu kommen – mit 50 % eine komplette Punktlandung gemacht.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Eine Sekunde bitte noch, Herr Minister. Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Abg. Binder. Wollen Sie die noch zulassen? – Danke schön.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Herr Minister, herzlichen Dank. – Ich habe eine Frage, die uns neben der Frage, welche Schulen wann geöffnet werden und wie es mit den Kitas aussieht, ebenfalls beschäftigt: Welche Schlüsse ziehen Sie denn aus dem Vorgehen der Gesundheitsämter in den Landkreisen? Diese sind ja, als die Schulen noch offen waren, sehr unterschiedlich mit den aufgetretenen Coronafällen in Schulen umgegangen – einerseits klassenweise, andererseits reihenweise. Dann wurde trotz Coronafällen in Klassen, die gemeinsam Sport hatten, die andere Klasse nicht in Quarantäne versetzt. Lernen Sie da aus Fehlern, die vielleicht in der Vergangenheit gemacht worden sind? Und welche Vorgaben machen Sie den

Gesundheitsämtern für den Fall, dass Schulen wieder geöffnet sind? Wie restriktiv wollen Sie da handeln?

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Herzlichen Dank, Herr Abg. Binder, für die Nachfrage. – Vielleicht hatten Sie noch nicht die Zeit, sich das anzuschauen. Wir haben gemeinsam mit dem Kultusministerium und dem Landesgesundheitsamt den neuen Handlungsleitfaden für die Binnenquarantänisierungen ausgearbeitet, wie wir damit in den Schulen umgehen und wie wir einzelne Cluster herausziehen können, damit ein Regelbetrieb noch stattfinden kann. Wir haben auch die Testangebote für die Lehrerinnen und Lehrer noch erweitert für die Fälle ohne Ausbruch – für das Personal. Ich glaube, dass wir hier ein großes Stück weiter sind, dass wir ganz genau wissen, wann wir zu welchem Zeitpunkt wen testen, wen in die fünftägige Quarantäne schicken, auf wen wir achten. Das wird einheitlich gemacht, weil wir das mit dem Landesgesundheitsamt ausgearbeitet haben. Das ist auf unserer Homepage, auf der Homepage des Kultusministeriums und wird auch versendet.

(Vereinzelte Beifall – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Schauen Sie sich den Leitfaden an. Der ist richtig gut geworden. Ich bin richtig stolz darauf.

(Beifall – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident, jetzt darf ich Sie nochmals an das Redepult bitten.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke noch einmal den Regierungsfractionen für die vollumfängliche Unterstützung der Maßnahmen, aber doch auch den Oppositionsfractionen SPD und FDP/DVP für die Unterstützung des Gesamtkurses bei Differenzen im Einzelnen.

Ich bin jetzt wegen der Wahlkampffrage noch einmal ans Redepult gegangen. Die Ministerin Eisenmann, die auch Spitzenkandidatin der CDU ist, und ich, Spitzenkandidat der Grünen, haben uns in die Hand versprochen, dass wir keinen Coronawahlkampf machen. Warum? In einer Demokratie ist es üblich, dass man im Wahlkampf nichts ausschließt, schon gar keine wichtigen Themen, zu denen eine Pandemie und der Umgang damit nun zweifelsohne gehören. Das auszuschließen ist ganz unüblich.

Der Punkt ist: Wir sind bei dem, was wir zu dieser Pandemie beschließen, im Kern auf die vollumfängliche Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Wir können hier Gebote und Verbote ohne Ende machen – das ist von Ihnen auch angesprochen worden, Herr Kollege Stoch –, aber wenn die Bevölkerung das nicht mitträgt, wenn sie nicht aus Selbstverantwortung den Geist dieser Verordnungen mitträgt und sich vollumfänglich daran hält, selbst wenn es im Einzelnen Zweifel gibt, dann können wir die Pandemie nicht erfolgreich bekämpfen.

(Beifall)

Das ist schon ein gewisser Unterschied zu sonstiger Politik. Das will ich noch einmal betonen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Es ist doch klar: Die Bevölkerung muss doch darauf vertrauen können, dass eine Regierung die Maßnahmen, die sie ergreift und die tief in die Freiheitsrechte, ja sogar in die Existenzen eingreifen, aus Sachgründen ergreift

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Da haben Sie recht!)

und nicht aus Wahlkampfgründen.

(Beifall)

Darauf muss doch eine Bevölkerung vertrauen können. Sonst verlieren wir das Vertrauen der Bevölkerung, und es ist die wichtigste Ressource im Kampf gegen die Pandemie, dass eine Regierung das Vertrauen hat für die Maßnahmen, die sie ergreifen muss.

So handeln wir in der Ministerpräsidentenkonferenz und natürlich auch in der Landesregierung. Ich bin sehr froh darüber, dass das auch gelingt, und zwar im Kern vollumfänglich.

(Zuruf)

Aber die andere Seite ist, dass nicht jeder in jedem einzelnen Punkt dieselbe Vorstellung hat, wie man mit den Maßnahmen umgeht.

(Zuruf: Genau!)

Es gibt also Differenzen in der Sache, vor allem in der Einschätzung: Was sind die Maßnahmen gegen die Pandemie und ihre Folgen, und was sind die Folgen der Maßnahmen? Das muss ich gegeneinander abwägen.

Wir alle haben oft darüber gesprochen, wie wichtig das gerade in der Schule und gerade bei den Kleinsten ist, aber natürlich ebenso bei der Wirtschaft. Das ist ja klar angesichts dessen, dass Geschäfte in ihrer Existenz bedroht sind.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist eine Waage. Ich habe auch gesagt, ich wäge das mit der Goldwaage und nicht mit der Viehwaage ab. Darüber muss man sehr, sehr intensiv debattieren, selbst nachdenken und vor allem auch mit sachkundigen Menschen und der Bevölkerung reden. Man muss auch sehr sorgfältig in der Koalition darüber reden. Wir verwenden unglaublich viel Zeit darauf, das zu tun. Da ist es so: Die Gewichte der Maßnahmen und der Folgen der Maßnahmen schätzt nicht jeder gleich ein. Das ist auch völlig legitim.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident – –

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Ich sage es mal ganz offen: Selbstverständlich war die Kanzlerin nicht darüber erfreut, was wir jetzt in Baden-Württemberg machen, indem wir schon am 1. Februar eine Öffnung vornehmen wollen. Zwar ist das durch den Beschluss gedeckt, aber wir kommen ja von einer Schließung her. Da muss man natürlich zugeben: Das ist politisch nicht gerade der günstigste Augenblick, das zu machen; das gestehe ich offen zu. Aber in der Sache – das habe ich Ihnen dargelegt – ist es vertretbar.

Ich will auch mal ganz klar sagen, dass die Kultusministerin und ich in der Beurteilung der Sache nicht sehr weit auseinanderlagen. Es war lediglich – das sieht man jetzt an dem Beschluss – eine Frage, zu welchem Zeitpunkt man das macht.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Aber ich habe gar keinen Anlass, der Kollegin Eisenmann zu unterstellen, dass sie das aus wahlkampfaktischen Gründen gemacht hat. Dazu habe ich keinen Anlass. Sie hatte gute und fundierte Argumente für ihre Position wie ich auch für meine.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Einen kleinen Moment. – Meine Damen und Herren, das sind keine Petitesen. Ich will noch mal ausdrücklich sagen: Die Bevölkerung muss darauf vertrauen – selbst wenn wir in der Sache im Einzelnen Differenzen haben –, dass wir das zum Maßstab machen und nicht wahlkampfaktische Erwägungen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn das jetzt sozusagen in der Folge – die Wahl rückt ja näher – das Thema wird, dann sehe ich sehr schwarz.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Wie soll man das Vertrauen in dieser schwierigen Zeit – es sind jetzt nun mal zwei Monate bis zur Wahl – halten können, wenn sozusagen die Pandemie voll in den Wahlkampf hineinreicht? Das kann ich mir nicht vorstellen. Da sehe ich dann wirklich schwarz. Die Leute würden sagen: „Ich halte mich an gar nichts mehr, wenn die da ihren Wahlkampf auf unserem Rücken machen.“ Darum ist das eine sehr ernsthafte Frage. Bitte nehmen Sie mir das ab. Das ist eine sehr ernsthafte Frage.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Würden Sie jetzt Fragen von Abgeordneten zulassen?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Ja, bitte.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Schweickert, bitte.

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Herr Ministerpräsident, ich bin voll und ganz bei dem, was Sie gerade gesagt haben zu dem Thema „Vertrauen und Abwägung“. Können Sie mir dann aber erklären, wo die Abwägung in einer Positionierung ist, die da heißt: „eine Öffnung unabhängig von der Inzidenzlage“? Wo ist da bitte die Abwägung?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das möchte ich auch mal wissen!)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Ich habe es anders abgewogen, habe aber auch schon in der letzten Sitzung dargelegt, wovon die Kultusministerin bei dieser Äußerung wohl ausgegangen ist.

(Vereinzelt Lachen)

Ich hätte sie so nicht gemacht, aber sie hat sie so gemacht. Ich habe versucht zu erklären, warum sie diese Aussage gemacht

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

hat. Ich muss jetzt nicht erklären, was die Kultusministerin selbst erklären kann. Das war ganz einfach, das habe ich aber auch deutlich gesagt. Wenn am Ende in der Notbetreuung zu viele Kinder sind, macht das keinen Sinn mehr. Das ist tatsächlich keine Frage der Inzidenz, sondern der Logik.

(Beifall)

Es macht pandemisch keinen Sinn, wenn ich die Schulen schließe und nachher in der Notbetreuung – und dann noch durcheinander – so viele Kinder sind, dass sich genauso Kontakte ergeben, wie wenn sie nicht geschlossen wären. Das war der Punkt, und ich nehme an, dass sie das so gemeint hat und so zu der Aussage gekommen ist.

Es steht allerdings im neuen MPK-Beschluss, dass der Beschluss vom Dezember, Schulschließung oder Aufhebung der Präsenzpflicht – ich müsste jetzt nachschauen, wie die Formulierung genau lautet –, sehr vorsichtig umgesetzt werden soll. Das ist noch einmal eine gewisse Klarstellung, dass wir jetzt nicht einfach öffnen. Das wird auch nicht gemacht, sondern die Klassen werden halbiert.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat Frau Eisenmann nie gesagt!)

– Aber ich habe es gesagt,

(Heiterkeit und Beifall – Zurufe, u. a.: Ja, ja!)

weil wir das nämlich vorher besprochen haben; das ist doch klar.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie hat doch gestern noch was ganz anderes gesagt! – Gegenruf)

Das ist der Punkt, und damit folgen wir vollumfänglich dem Beschluss, der da gefasst worden ist.

Herr Kollege Rülke, Sie haben gesagt, wir nähmen Verschärfungen für die Wirtschaft vor wegen der Gefahr einer Virusmutante.

(Unruhe)

Erstens: Von großen Verschärfungen kann man überhaupt nicht reden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber es sind doch Verschärfungen! Das können Sie nicht bestreiten!)

Die wirkliche Verschärfung aus dem MPK-Beschluss ist die Verlängerung.

(Zuruf: Ja!)

Alles andere sind sehr moderate Erweiterungen. Beispielsweise wird die Maskenpflicht jetzt auf medizinische Masken erweitert. Das ist im untersten Level eine sogenannte OP-Maske, wie sie der Fraktionsvorsitzende Stoch gerade trägt. Diese ist sehr preiswert und für jeden erschwinglich.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Ich kann mir nicht mehr leisten! Ich habe vier Kinder! Was will ich machen?)

Deshalb kann man vorschreiben, dass eine solche Maske zu tragen ist, wenn man ein Geschäft betritt oder eine Straßenbahn benutzt.

(Unruhe)

Das ist sozusagen eine sehr sinnvolle, wahrscheinlich auch wirksame Erweiterung. Wir hatten ohnehin schon eine Maskenpflicht. Eine solche Maske kann also jeder tragen, da kann man nicht von einer Verschärfung sprechen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Homeoffice ist so geregelt, dass daraus kein Klagerecht oder ein Anspruch eines Arbeitnehmers entsteht. Im gegebenen Fall muss das Unternehmen der Behörde die Gründe darlegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Schauen Sie, Herr Kollege Rülke: Das ist einfach nicht mehr als ein gewisses Druckmittel, damit die Wirtschaft das auch macht. Denn Tatsache ist: Im Frühjahr 2020 – der Kollege Stoch hat die Zahlen genannt – war die Zahl der Arbeitnehmer im Homeoffice etwa doppelt so hoch wie jetzt. Da können und müssen wir wieder hinkommen. Das ist eine sehr wirksame Maßnahme, und insofern kann man jetzt auch da nicht wirklich von einer großen Verschärfung reden. Da werden die Instrumente gezeigt, um zu sagen: „Das musst du wirklich machen“, damit man über einen Appell hinausgeht. Letztes Mal haben wir einen Appell gemacht. Der hat nicht die nötige Wirkung gezeigt. Jetzt wird ein bisschen mehr Druck gemacht. Auch das ist, finde ich, moderat und in keiner Weise irgendwie ein bürokratisches Monster oder sonst was.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident –

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Aber dann haben Sie gesagt, mit der Argumentation „Gefahr einer Mutation“ könne man natürlich beliebig Verschärfungen vornehmen. Aber es geht hier nicht um die Gefahr einer Mutation, sondern sie ist da. Sie ist in Großbritannien und in Irland schon da, und sie ist auch bei uns schon da. Es geht also um ein reales Virus, das schon da ist, und nicht um eines, das da sein könnte.

Öffnungsperspektiven und -plan: Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Man kann natürlich immer sagen: „Hast du ein Problem, schaffe einen Arbeitskreis.“ Aber trotz dieses Spruchs braucht man halt trotzdem Arbeitskreise.

(Heiterkeit)

Das ist halt so. Anders kommt man nicht zusammen.

Der Arbeitskreis – ich sage das, damit sich niemand falsche Vorstellungen macht – wird Öffnungsperspektiven für eine Inzidenz von unter 50 entwickeln. Die Inzidenz von 50 ist die, die im Infektionsschutzgesetz steht. Den Fehler – Nein, Fehler ist falsch. Das, was wir im Oktober falsch gemacht haben – einen Fehler haben wir nämlich nicht gemacht; das kann man so nicht sagen –, beruhte darauf, dass die Wissenschaft uns gesagt hat: Das kann wirken. Zu diesem Teil-Lockdown, den wir im Oktober gemacht haben, hatten wir von der Wissenschaft die belastbare Aussage, dass wir damit rechnen kön-



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

nen, dass wir damit die Infektionswelle gebrochen bekommen. Das war jedoch nicht der Fall, und das wissen wir jetzt, dass das nicht genügt.

Insofern war das natürlich eine falsche Entscheidung – das wissen wir heute –, aber man kann nicht sagen, wir hätten da Fehler gemacht. Denn wir hatten die klare Ansage aus der Wissenschaft, dass das genügen kann.

Ihr Kollege Lauterbach – er gehört ja jetzt nicht gerade zu den Leisetretern bei der Pandemie; mit ihm war ich in der Sendung „Markus Lanz“ – hat, als wir damals die Beschlüsse gefasst haben, das genauso gesagt, relativ euphorisch: „Das ist der Durchbruch.“ Aber das war er nicht. Deswegen haben wir daraus gelernt, dass wir jetzt umfassende Einschränkungen brauchen. So ist das beschlossen worden.

(Zurufe, u. a.: Alarmsirene auf zwei Beinen! – Kassandra!)

Zu den Öffnungsperspektiven: Zu den kleinen Kindern und Schülern haben wir jetzt genügend gesagt. Nachher sage ich aber noch etwas zur Validität. Ansonsten gilt das.

Das heißt, diese Arbeitsgruppe wird Öffnungsperspektiven aufzeigen, wenn wir bei einer Inzidenz von unter 50 sind – nicht, dass sich da jemand falsche Hoffnungen macht. Das ist richtig und verantwortungsvoll.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Ministerpräsident, mir liegt noch eine Wortmeldung vor.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Einen Moment noch. – Deswegen, Herr Kollege Rülke: Die Ausgangssperren ab 20 Uhr werden nicht aufgehoben.

(Vereinzelt Beifall)

Österreich hat gezeigt: Wenn man zu früh öffnet, kommt die Welle zurück.

(Zuruf: Ja!)

Auch daraus lernen wir. Solche Maßnahmen brauchen einen längeren Nachlauf, und wir dürfen sie nicht zu schnell wieder außer Kraft setzen.

Im Übrigen will ich noch einmal sagen, dass ich zu dieser Maßnahme die wenigsten Beschwerden bekomme. Ich meine, das ist unangenehm, aber sie ist wirksam. Wir wissen, dass Leute abends andere besuchen und dass vor allem junge Leute gern Partys machen oder wie man das auch nennen will, jedenfalls Zusammenkünfte. Das haben wir dadurch wirklich gut in den Griff bekommen. Deshalb war diese Maßnahme, glaube ich, richtig und wirksam.

(Vereinzelt Beifall)

Andere Maßnahmen wie etwa gegenüber den Ladenbesitzern sind aus meiner Sicht sehr viel gravierender, und diese machen mir sehr, sehr viel mehr Kopfschmerzen.

Zum Thema Umfragewerte.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Lassen Sie jetzt noch die Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Merz zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

**Abg. Dr. Heiner Merz** (fraktionslos): Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie sagen: Alles liegt an der Akzeptanz der Bevölkerung. Da haben Sie völlig recht; da gebe ich Ihnen völlig recht. Wir können auch nicht hinter jeden einen Polizisten stellen, um die Einhaltung irgendwelcher Maßnahmen zu kontrollieren.

Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass vielleicht irgendwann mal ein kleiner Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt. Für mich persönlich ist das die FFP2-Maske. Jetzt hat jeder Masken zu Hause. In Läden gab es und in fast jedem Supermarkt gibt es Masken zu kaufen, doch die sollen auf einmal wirkungslos sein, hinfällig sein? Soll jetzt jeder in ein Geschäft bzw. in die Apotheke gehen und sich zusätzlich zu den Masken, die er schon zu Hause hat und die er seither auch willig trägt, eine FFP2-Maske kaufen? Klar hält eine bessere Maske mehr ab und eine noch bessere Maske noch mehr. Damit haben Sie vielleicht recht.

(Zuruf: Frage!)

Kann nicht vielleicht diese Vorgabe zur Maskenart der kleine Tropfen sein, der die Akzeptanz in der Bevölkerung infrage stellt? Jeder hat zig Masken zu Hause. Alles gibt es zu kaufen. Diese FFP2-Masken sind teuer. Man bekommt sie nirgendwo, und die Leute sollen diese Masken jetzt aufsetzen und extra beschaffen. Das könnte tatsächlich der kleine Tropfen sein –

(Große Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Die Frage ist angekommen, Herr Abg. Dr. Merz.

**Abg. Dr. Heiner Merz** (fraktionslos): Er hat nicht geantwortet, deswegen habe ich weitergedet.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Na ja, das war jetzt irgendwie –

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Manche Probleme können schon gelöst werden, wenn man gut zuhört.

(Vereinzelt Beifall)

Es sind noch keine drei Minuten vergangen, als ich extra gesagt habe: Bei den medizinischen Masken, die im öffentlichen Nahverkehr und beim Einkaufen verpflichtend getragen werden müssen – ich habe noch einmal auf den Kollegen Stoch hingewiesen –, handelt es sich gerade nicht um hochwertige medizinische Masken wie z. B. die FFP2-, die N95- oder die KN95-Maske, sondern um einfache medizinische Masken. Diese haben aber auch schon eine bessere Wirkung als eine Alltagsmaske.

(Vereinzelt Beifall)

Diese einfachen medizinischen Masken sind nun wirklich extrem preiswert, und darum kann man das allen zumuten.

Im Übrigen glaube ich, dass Ihre Partei nicht gerade viel zur Akzeptanz dieser Maßnahmen beiträgt. Da müssen Sie mir nicht mit der Maske kommen.

(Beifall)



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Zu den Umfragen: Ich meine, dass man in der Pandemie Entscheidungen nicht aufgrund von Umfragen treffen kann.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber Sie haben ständig welche zitiert!)

– Das hat aber einen ganz anderen Grund. Die Umfragen geben uns doch einen gewissen Hinweis darauf, wie die Bevölkerung über die Maßnahmen denkt, ob sie diese Maßnahmen akzeptiert oder nicht. Das ist schon wichtig als Information. Selbstverständlich müssen wir aber im Ernstfall Maßnahmen ergreifen, auch wenn sie eine große Mehrheit nicht für richtig hält, wenn sie zur Bewältigung der Pandemie erforderlich sind. Das können wir nicht von Umfragen abhängig machen, und das mache ich auch nicht.

Herr Kollege Stoch, Sie haben gesagt, die Heidelberger Studie sei irgendwie infrage gestellt und widerlegt worden. Natürlich habe ich auch mitbekommen, dass es viele andere Studien gibt, die die Ergebnisse dieser Studie infrage stellen. Es gibt sehr viele Studien, die sich die Fachleute genau anschauen müssen, weil die Studien über Schulen oft gar nicht zwischen Schülern im Alter von unter zehn Jahren und Schülern im Alter von über zehn Jahren differenzieren. Das tun viele Studien nicht, andere machen es. Deshalb muss jemand genau den methodischen Ansatz überprüfen und fragen, was genau untersucht wird. Sonst hat die Studie keine belastbare Aussagekraft.

Genau das habe ich gemacht, Herr Kollege Stoch. Ich habe von dem Virologen aus Tübingen gesprochen. Er hat diese Studien „durchgescannt“ und sie genau angeschaut. Er hat mir jedenfalls gesagt, dass die Aussage in allen wichtigen Studien, Kinder unter zehn Jahren würden seltener positiv getestet und seien weniger ansteckend als höhere Altersgruppen, belastbar ist. Er hat mir dazu sehr wichtige Studien und auch Metastudien genannt. Als Quintessenz hat er mir gesagt, dass die Öffnung von Kitas, Kindergärten und Grundschulen keinen wesentlichen Einfluss auf die pandemische Situation hat. Da habe ich mich schon abgesichert, weil ich natürlich auch mitbekommen habe, dass viele diese Heidelberger Studie infrage stellen. Aufgrund dieser Frage habe ich das gemacht.

Auch jetzt hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz am Montag mit acht Fachleuten vorberaten. Da hat Professor Nagel Ähnliches gesagt, allerdings unter der Bedingung, dass die Abstände eingehalten werden und dass weniger Kinder in den Klassenzimmern sind, die wir jetzt auch erfüllen. Unter diesen Voraussetzungen, hat er gesagt, haben diese Grundschulen und Kindergärten einen sehr geringen Einfluss auf die pandemische Situation.

Allerdings – das muss man einschränkend sagen – gibt es natürlich auch dort Infektionsgeschehen. Es kann natürlich, wenn man das andersherum sieht, im schlimmsten Fall auch als letzter Schub reichen, damit etwas kippt. Das ist schon klar. Deswegen muss man die Dinge sorgfältig abwägen, und das haben wir gemacht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und die Frage der Mutation?)

Ich will noch einmal sagen: Das ist jetzt nicht irgendwie eine wohlfeile Debatte mit dem Wahlkampf. Ich finde, das ist eine

sehr ernste Frage. Das ist aber auch eine große Herausforderung für die, die in den Wahlkampf gehen. Ich habe allerdings eher das gegenteilige Problem: Ich komme gar nicht in den Wahlkampfmodus. Ich muss mich da noch anstrengen, dass ich überhaupt in meinen Wahlkampfmodus komme.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wohnen auch weit weg von Ihrem Wahlkreis! – Abg. Anton Baron AfD: Das machen Sie doch gerade hier!)

Ganz zum Schluss, Herr Kollege Gögel: Freiheit und Gesundheit als unauflösbare Gegensätze darzustellen, darauf kann man überhaupt nur mit einem extremistischen Denken kommen.

(Beifall – Zuruf)

Die Politik, die wir in der Pandemie machen, dient dazu, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit – das ist ein Grundrecht aus Artikel 2 des Grundgesetzes – möglichst zu bewahren

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Es gibt auch viele weitere Grundrechte!)

und auch die Gesundheit der Bevölkerung ins Auge zu nehmen und sie möglichst zu bewahren,

(Zurufe)

und zwar so, dass wir, wenn die Pandemie vorbei ist, die Freiheitsrechte dann wieder für alle voll in Kraft setzen können. Diese Freiheitsrechte schränken wir nur dort ein, wo es anders nicht geht.

(Zurufe)

Und das, was Sie da erzählen – „Hinter Gittern schmeckt der Honig bitter“ –, ist einfach eine vollkommen extremistische Polemik. Sie tun so, als würden wir irgendwie hier Leute einsperren.

(Zurufe, u. a. Abg. Udo Stein AfD: Fragen Sie doch mal die Leute, wie es ihnen geht!)

Davon kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall)

Wir gehen verantwortlich und maßvoll mit dieser Frage der Grundrechtseinschränkung um. Man merkt auch, deswegen debattieren wir hier im Parlament leidenschaftlich darüber, was man macht und was nicht,

(Zurufe)

damit wir das ins richtige Verhältnis setzen und nicht gegeneinanderstellen. Das ist unser Auftrag, den uns das Grundgesetz und die Gesetzgebung geben. Daran werden wir uns auch weiterhin halten.

(Zuruf: Richtig!)

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, jetzt ist die Frage, ob in der zweiten Runde noch einmal das Wort gewünscht wird.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Nein!)

Herr Abg. Stoch hat abgewunken. Herr Abg. Gögel? Herr Abg. Dr. Rülke? Herr Abg. Schwarz? –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich winke auch ab!  
– Zuruf: Was will man jetzt noch sagen?)

Gut. Dann liegen mir jetzt keine Wortmeldungen mehr vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung der vorliegenden Anträge.

Als Erstes rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP auf, Drucksache 16/9755. Dazu wurde eine namentliche Abstimmung beantragt. Dieser Antrag hat die vorgeschriebene Unterstützung nach § 99 der Geschäftsordnung; davon gehe ich aus. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9755 – –

(Unruhe)

– Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Wir haben jetzt über einige Anträge abzustimmen und zwei namentliche Abstimmungen. Ich bitte daher um Aufmerksamkeit.

Wir sind gerade beim Entschließungsantrag Drucksache 16/9755. Wer dem zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu stimmen. Wer den Antrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich enthalten will, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Dr. Schütte, den Namensaufruf vorzunehmen; er beginnt mit dem Buchstaben D. Jetzt sind wir alle ganz aufmerksam, damit wir das hören. Er nimmt extra die Maske ab, damit er gut verständlich ist.

(Namensaufruf)

Vielen Dank. – Wer hat noch nicht abgestimmt und möchte noch abstimmen? – Gut. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis auszuzählen.

In der Zwischenzeit lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/9783, abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass ich über den Antrag mit den Ziffern 1 bis 16 insgesamt abstimmen lasse?

(Zurufe: Ja!)

– Das ist der Fall. – Wer stimmt diesem Antrag der SPD, Drucksache 16/9783, zu? – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle jetzt den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/9785, zur Abstimmung. Auch hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt worden.

(Zurufe)

Dieser Antrag hat sicherlich auch die vorgeschriebene Zustimmung von fünf Abgeordneten. Meine Damen und Herren, wer

dem Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/9785, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich enthalten will, der antworte mit „Enthaltung“.

Jetzt möchte Herr Abg. Dr. Schütte weiter vorlesen. Eigentlich würde Sie Frau Abg. Reich-Gutjahr ablösen.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Ach so!)

Aber sie zählt noch. Insofern: Wenn es Ihnen nichts ausmacht, dann machen wir gerade so weiter. Danke schön.

(Zuruf: Aber ein bisschen langsamer!)

– Langsamer, ja.

Dann bitte ich Herrn Abg. Dr. Schütte, den Namensaufruf vorzunehmen und in diesem Fall mit dem Buchstaben E zu beginnen. – Bitte schön.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Schütte.

Ich bitte nun die Schriftführer, auch dieses Abstimmungsergebnis festzustellen.

Ich komme jetzt zum Entschließungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/9786, und stelle diesen zur Abstimmung. Ich schlage Ihnen vor, über die Abschnitte I und II insgesamt abzustimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Entschließungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt lasse ich noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9788, abstimmen. Auch hier können wir über die Abschnitte I und II gemeinsam abstimmen. – Sie sind damit einverstanden; vielen Dank. Wer stimmt dem Antrag Drucksache 16/9788 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun unter Buchstabe b der Tagesordnung zur geschäftsmäßigen Behandlung der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/9733. Wer dieser Verordnung gemäß § 2 Absatz 5 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Verordnung ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir warten nun noch auf die Ergebnisse der Auszählungen. Ich kann Sie aber bereits darauf hinweisen, dass sich der Finanzausschuss in 15 Minuten im Lina-Hähnle-Saal trifft. Die Mitglieder des Sozialausschusses kommen im Fraktionssitzungssaal der CDU zusammen; sie wollen möglichst um 14:00 Uhr beginnen. Die Mitglieder des Bildungsausschusses treffen sich in einer Stunde im Bürger- und Medienzentrum. Sie haben die Einladungen für diese Sitzungen alle schon bekommen.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 27. Januar, 10:00 Uhr statt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wollen Sie noch auf die Auszählungsergebnisse warten, oder reicht es Ihnen hinterher schriftlich?

(Zurufe)

– Wir teilen die Ergebnisse also schriftlich mit.

Ich schließe die Sitzung.

\*

An der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9755, haben sich 121 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 23 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein 91 Abgeordnete;  
sieben Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.*

Der Entschließungsantrag wurde abgelehnt.

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Bernd Gögel, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Udo Stein, Carola Wolle.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Rudi Fischer, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon, Dr. Heiner Merz, Doris Senger.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Theresia Bauer, Susanne Bay, Hans-Peter Behrens, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Thomas Hentschel, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Christine Lipp-Wahl, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Scerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Dr. Alexander Becker, Thomas Blenke, Klaus Burger, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Marion Gentges, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Isabell Huber, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Julia Philippi, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Nicolas Fink, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Martin Rivoir, Ramazan Selcuk, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfl.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

AfD: Dr. Bernd Grimmer, Rüdiger Klos, Emil Sänze, Klaus-Günther Voigtmann, Uwe Wanke.

Fraktionslos: Stefan Herre, Harald Pfeiffer.

An der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/9785, haben sich 121 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein 105 Abgeordnete.*

Der Entschließungsantrag wurde abgelehnt.

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Rüdiger Klos, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Emil Sänze, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Uwe Wanke, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon, Dr. Heiner Merz, Doris Senger.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Theresia Bauer, Susanne Bay, Hans-Peter Behrens, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Thomas Hentschel, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Christine Lipp-Wahl, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Scerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Dr. Alexander Becker, Thomas Blenke, Klaus Burger, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Marion Gentges, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Isabell Huber, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Julia Philippi, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Nicolas Fink, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Martin Rivoir, Ramazan Selcuk, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfl.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Rudi Fischer, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Fraktionslos: Stefan Herre, Harald Pfeiffer.

\*

**Schluss: 13:35 Uhr**